

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Sührow Nr. 6466

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Die Interessen der Gemeindegewerkschaften in den Händen rückständiger und fortschrittlicher Gemeindevertretungen. — Notizen für Gewerkschaften. — Sechster Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaft im I. Quartal 1912. — Abrechnung der Hauptkasse vom I. Quartal 1912. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Salinenarbeiter. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Inserate. — Totenliste des Verbandes. — Feuilletton: Die Lüftung der Arbeitsräume.

Die Interessen der Gemeindegewerkschaften in den Händen rückständiger und fortschrittlicher Gemeindevertretungen.

So mannigfaltig die kommerziellen und sozialen Verhältnisse der einzelnen Stadtgemeinden auch immer sein mögen, darin muß eine Meinung bestehen, daß nämlich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Gemeindegewerkschaften in den einzelnen Stadtgemeinden möglichst gleichgeartet und sichergestellt sein müssen. Natürlich muß auf die Größenklasse der Städte Rücksicht genommen werden, weil ja die Lebensverhältnisse und Haushaltskosten in kleinen Gemeinden im allgemeinen länger sind als in großen Städten. Aber selbst dieser Grundgedanke hat heute kaum noch Geltung. Denn die rückständigen und konservativ gerichteten Hausbesitzer mit ihrem Anhang dominieren nur zu häufig gerade auch in kleinen und mittleren Städten. Diese Leute treiben lediglich eine Kirchturmpolitik, die nichts von dem Grundsatz des Gemeinwohls aufgenommen hat, die aber dafür die Geldsackinteressen eines kleinen, aber entsprechenden Interessentenkreises über Gebühr fördert. Das zu beweisen ist nicht schwer. Die Einnahmen der unbemittelten Volkskreise sind erwiesenermaßen so knapp bemessen, daß ein bedeutenderes Mißgeschick in der Familie oder die Verteuerung auch nur eines Gebietes des öffentlichen Lebens genügt, um den ganzen Haushaltsplan umzustürzen und bittere Not heraufzubeschwören. Nun ist es aber als Tatsache erwiesen, daß nicht nur auf einem Gebiet des öffentlichen Lebens eine ungeläuterliche Verteuerung eingetreten ist. Das Volk leidet nicht nur unter der zerrüttenden Lebensmittelteuerung, sondern in gleicher Weise unter einer für den Unbemittelten ruinösen Wohnungsnot. Die Hausagrarier aber, die allerorts einen hervorragenden Einfluß haben, üben auf die Stadtverwaltungen einen Druck zum Schaden einer gesunden Bauartigkeit aus. Und gerade in kleinen und mittleren Städten verstanden sie es, wie auch in den großen Städten, die Erstellung von Kleinwohnungen, die dringend erforderlich war, zu erschweren. Dazu kam die allgemein geübte Praxis, kinderreiche Familien vom Mietvertrag auszuschließen und sie in immer höherem Umfang der Wohlfahrtspflege zu überlassen. Um nun solchen unerquicklichen Dingen aus dem Wege zu gehen, mußten sich die unbemittelten Volkskreise all die Mietsteigerungen ohne Aussicht auf Besserung und ohne Gegenmaßnahmen gefallen lassen, so daß tatsächlich das Gemeinwohl in den Gemeinden hinter den Geldsackinteressen kleiner einflußreicher Kreise zurückstehen muß.

Es liegt auf der Hand, daß alle Gemeindeverwaltungen, um bei dem Beispiel der Wohnungsnot zu bleiben, ein

erhöhtes Interesse daran haben müßten, neben der Vinderung der Wohnungsnot im allgemeinen vor allem die Folgen der Wohnungsnot von den Angestellten und Arbeitern der Gemeinden fernzuhalten. Leider muß gesagt werden, daß die weitaus meisten Gemeindeverwaltungen sich den Aufgaben, die ihnen durch den herrschenden Mangel an Kleinwohnungen gestellt sind, nicht gewachsen zeigen. Und vor allem sind bei ihnen die Interessen der Gemeindegewerkschaften nicht gut aufgehoben. Im Interesse der Gemeindegewerkschaften und -angestellten muß aber gefordert werden, daß die Gemeinden hinreichende Mittel zum Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen zur Verfügung stellen. Dabei muß auf die Forderungen der Hygiene im weitesten Maße Rücksicht genommen und die vertikale Stockwerkhäufung möglichst vermieden werden. Auch darf diesen Einrichtungen nicht der arbeiterfeindliche und unsittliche Beigeschmack der Wohlfahrtseinrichtungen anhaften. An den Gemeindegewerkschaften selbst und an den sozialdemokratischen Stadtverordneten liegt es, den Fortschritt auf diesem Gebiet zu fördern und auftretende Mißstände und Mißbräuche zu beseitigen. So mag es in Gemeinden mit rückständiger und arbeiterfeindlicher Verwaltung oftmals den Interessen des Gemeinwohls und der Gemeindegewerkschaften dienlicher sein, wenn darauf gedrungen wird, daß uneigennütigen Baugenossenschaften gemeindliche Mittel in hinreichender Weise zur Verfügung gestellt werden mit der Maßgabe, die Angestellten und Arbeiter der Gemeinden vorzugsweise zu berücksichtigen. Doch immer sind die örtlichen Verhältnisse ausschlaggebend.

Weit wichtiger als die gemeindliche Wohnungsfürsorge für Gemeindegewerkschaften und -angestellte ist freilich die Frage der Lohnerhöhung. Wirklich fortschrittlich gerichtete Gemeindevertretungen suchen den sozialen Schwierigkeiten nicht bloß mit den unzureichenden Mitteln der Wohlfahrtseinrichtungen, sondern mit Lohnerhöhungen entgegenzutreten, damit besonders die hartbedrängten Gemeindegewerkschaften der Wohnungsnot und Lebensmittelteuerung begegnen können. Aber gerade auf dem Gebiet der Lohnfrage zeigt sich die soziale Rückständigkeit und der arbeiterfeindliche Charakter der weitaus meisten Gemeindeverwaltungen im hellsten Lichte. Werden wirklich Lohnerhöhungen gemacht, so sind sie doch so gering, daß sie den damit „beglückten“ Arbeitern kaum bewußt werden. Die gemeindlichen Lohnerhöhungen sollen nicht nur die Wohnungsnot und Lebensmittelteuerung in ihren zerrüttenden Wirkungen auf die Arbeiter aufheben, sie sollen auch für die Lohnerhöhungen privater und staatlicher Betriebe vorbildlich sein. Und zum Lobe der Gemeinden soll es gesagt sein, daß die höheren Beamten und Magistratsmitglieder durchweg besser gestellt sind, als wie die staatlichen Beamten in gleichwertiger Stellung. Ganz anders aber die Arbeiter! Wenn auch oftmals die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der gemeindlichen Arbeiter einem Vergleich mit denen staatlicher Arbeiter gewachsen sein mögen, so hatten sie vielfach einen Vergleich mit denen privater und genossenschaftlicher Betriebe nicht aus, ganz zu schweigen von der weiten Kluft zwischen den Verhältnissen der Beamten und der Arbeiter. Wie wenig sich die Gemeindeverwaltungen ihrer sozialen Pflichten

gegenüber den Gemeindefarbeitern und der hervorragenden Stellung auf dem allgemeinen sozialen Gebiet bewußt sind, das erhellt aus so mancher Äußerung kommunalpolitischer Persönlichkeiten des Bürgertums. So muß es bei allen nur einigermaßen mit den Verhältnissen Vertrauten verwunderliches Kopfschütteln hervorrufen, wenn ein Bürgermeister einer Arbeitslosenkommission rechtzeitig Sparen in den Zeiten der Beschäftigung als das wahre Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosennot anempfiehlt. Oder, um bei der Lohnfrage zu bleiben, es muß starkes Befremden verursachen, wenn ein Bürgermeister, wie es in Braunschweig der Fall war, vor kurzem die ganz unzulänglichen Lohnerhöhungen für städtische Arbeiter mit der Begründung zu beinhalten suchte, daß in den Lohnaufbesserungen für städtische Arbeiter nicht zu weit gegangen werden dürfe, weil Rücksicht auf die Gewerbetreibenden genommen werden müsse. Die Gewerbetreibenden könnten bei einer zu guten Entlohnung der städtischen Arbeiter sehr leicht in die schwierigste Lage versetzt werden!

Eine solche Auffassung ist weder durch die sozialen Verhältnisse gerechtfertigt, noch im Interesse der Gemeindefarbeiter und des Gemeinwohls wünschenswert. Es muß doch die Frage gestellt werden, ob denn die Stadtverwaltungen sich in den Fragen der Besoldung der Magistratsmitglieder und Beamten von dem Gesichtspunkt leiten lassen, private oder staatliche Betriebe könnten in die schwierigste Lage versetzt werden? Wird nicht immer auf die vorbildlichen Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der höheren Gemeindebeamten und Magistratsmitglieder hingewiesen? Warum will man in der Arbeiterfrage nicht auch so vorbildlich sein? Aber die Dinge liegen so, daß nicht die Gemeindeverwaltungen Rücksicht auf die Gewerbetreibenden nehmen, obwohl eine solche Rücksichtnahme unberechtigt und unsozial wäre; vielmehr machen die Gewerbetreibenden und Unternehmer ihren reaktionären und arbeitfeindlichen Einfluß in den Gemeinden geltend, um nicht von einer einsichtigen Arbeiterpolitik der Gemeinde beschämt zu werden! Sie könnten sich einfach nicht so skrupellos ihren sozialen Pflichten den Arbeitern gegenüber entziehen, wenn sie es nicht dahin bringen könnten, daß sich die Gemeinden ebenfalls ihren sozialen Pflichten den Gemeindefarbeitern gegenüber entziehen! Das beweist, daß sich diese Kreise der hervorragenden Führerschaft der Gemeinden auf sozialpolitischem Gebiet wohl bemüht sind. Deshalb wollen sie die führende Stellung der Gemeinden unwirksam machen. Diese unsoziale Haltung, der sich schließlich auch führende Persönlichkeiten in gottgewollter Abhängigkeit unterwerfen müssen, entspricht wohl den Geldsachinteressen einiger einflußreichen Kreise, nicht aber dem Gemeinwohl, dem die Gemeindeverwaltungen doch dienstbar sein sollen. Sie entspricht aber ganz und gar dem Eingeständnis der Ideallosigkeit des Bürgertums, das dem Kriegsminister v. Heeringen in der Reichstagsstimmung vom 13. Mai d. J. anlässlich der Duelldebatten ent schlüpfte. Der Kriegsminister sagte: „In einer christlich-idealen Welt wird es natürlich kein Duell mehr geben. Aber unsere Welt ist nicht ideal.“ (!) So ist es. Die bürgerliche Welt ist weder ideal noch christlich, obwohl sie sich oft heuchlerisch so nennt. Sie ist kapitalistisch! Darum kennt sie nur Profitucht und Begünstigung der besitzenden Klassen. Darunter leiden eben auch die Gemeindefarbeiter, wie alle Arbeiter überhaupt. Das aber muß sie auch veranlassen, immer wieder bestrebt zu sein, die Gemeinden zur Anerkennung ihrer sozialen Pflichten zu bringen; und der Weg dahin führt zur Anerkennung der Organisation der Gemeindefarbeiter.

Wenn daher die Gemeindefarbeiter wollen, daß die Gemeinden zur Anerkennung ihrer sozialen Aufgaben, ihrer sozialen Führerschaft gebracht werden, dann müssen sie durch unermüdete Werbearbeit und Agitation dahin wirken, daß sich die Gemeinden nicht mehr wie bisher so oft um die Anerkennung der Organisation als Vertragskontrahent herumdrücken können. Nur eine starke Organisation führt zum Ziel.

• Notizen für Gasarbeiter •

Gegen die Gasmonopolisten in Westdeutschland wendet sich nun auch das kommunale Organ der Zentrumspartei, die „Kommunalpolitischen Blätter“. Das Blatt bespricht in seiner Mainummer die Ferngasversorgung, der sich in den letzten Jahren Hunderte von rheinisch-westfälischen Gemeinden angeschlossen haben. Der in diesen Tagen von der Zentrumspresse in den Himmel gehobene fromme Thron und das Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk (Stinnes) sind es besonders, welche die Ferngasversorgung aufgenommen haben. Das heute zu vielen Millionen Kubikmetern unbenutzt bleibende Gas wird gereinigt und in Fernleitungen den angeschlossenen Gemeinden zugeführt. Bis weit in das Bergische Land geht so das Ferngas aus dem Ruhrgebiet. Die Sozialdemokratie hat auf die Gefahren dieser Entwicklung frühzeitig aufmerksam gemacht. Gemeindevertreterkonferenzen usw. (vor allem auch unsere Gasarbeiterkonferenz durch das Referat des Koll. Feiny) beschäftigten sich mit dieser Frage. Weil aber unsere Genossen in den betreffenden Gemeinden selten genügenden Einfluß haben, vermochten sie die unheilvolle Entwicklung, welche die Gemeinden bezüglich ihrer Gasversorgung auf 25 bis 50 Jahre den Monopolisten ausliefert, nicht aufzuhalten. Wenn die bürgerlichen Kommunalpolitiker nur einigermaßen guten Willen, etwas Weitsicht gehabt hätten, müßten ihnen die Gründe der Sozialdemokraten einleuchten. Jetzt, wo es zu spät ist, kommt auch das Zentrum zu der Erkenntnis, daß diese Entwicklung zu beklagen sei. Der vorerwähnte Artikel weist darauf hin, daß große Gemeinden, wie das in Köln und Mülheim a. Rh. nachgewiesen sei, ihr Gas genau so billig herstellen können, wie es durch die Fernversorgung geliefert wird; daß die Stilllegung der städtischen Gasanstalten ihre großen Bedenken hat, besonders auch in Hinsicht auf die bis dahin beschäftigten Arbeiter und Beamten; daß aber vor allen Dingen die Selbständigkeit der Gemeinden die Ablehnung dieser Verträge erfordert habe. Es heißt da:

„Von entscheidender Bedeutung ist für uns aber der Gesichtspunkt, daß die Gemeindefarbeiten durch die Stilllegung ihrer Betriebe sich auf dem Gebiete der Gasversorgung der Selbständigkeit entschlagen und in ein völliges Abhängigkeitsverhältnis von einer Privatfirma geraten. Das Recht, die Bedingungen für den Gasbezug nach eigenem Ermessen festzusetzen, ist für die Gemeinden unwiderrücklich dahin. — Es ist eigentlich eine Verurteilung an der Zukunft einer Stadt, daß Gemeindefarbeiten auf Gebets- und Verberb einer privaten Firma auf absehbare Zeit ausgeliefert werden. Es ist auch eine Äußerung des Selbstverwaltungsrechts, wohnerworbene Rechte zu wahren und sie nicht nur gegenüber dem Staate, sondern auch gegenüber privaten Unternehmungen zu verteidigen. Eigenbetriebe darf ein Gemeindefarbeiten nicht wegen anfänglicher Vorteile und auf den ersten Blick günstiger erdinernder Bedingungen aufgeben, sonst treibt es bloße Gegenwarts- politik und beweist nur einen Mangel an Weitblick. Es scheint, daß sich viele Gemeindevertretungen bei dem Beisatz, ihr eigenes Werk stillzulegen und Ferngas zu beziehen, über die Tragweite eines solch folgenschweren Schrittes nicht völlig klar geworden sind. Schließlich sei noch festgestellt, daß in den Gemeinden, namentlich im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, die sich zur Stilllegung ihrer Werke entschlossen haben, die Großindustrie in der Gemeindevertretung vielfach ausschlaggebend ist. Die erste Klasse wird vollständig von den Reichen beherrscht, und ihr Einfluß reicht noch weit in die Reihen der zweiten Klasse hinein.“

Wir bedauern im Interesse der Selbstverwaltung die Entwicklung, die die Frage der Gasversorgung der Städte im eigenen Bezirke der Großindustrie angenommen hat, wenn wir auch vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus es beklagen müssen, daß bisher nicht verwendbare Gasvorräte nutzbar gemacht werden. Vielleicht kommt einmal die Zeit, wo die Städte gerne wieder das „Gasloch“ abschütteln möchten; es wird aber gegenüber dem Großkapital, dessen Konzentration immer stärker wird, wohl nicht mehr gelingen.“

Noch vor zwei Jahren wäre es Zeit gewesen, in allen Bezirken den Anregungen der Sozialdemokraten und städtischen Arbeiter zu folgen, entgegen dem Interesse der Monopolisten, als deren wadere Helfer sich eine Anzahl Landräte aufspielten, durch Gemeindefarbeiten der verschiedenen Gemeinden dem Monopol Einhalt zu gebieten. Heute ist aber nur noch in wenigen Gemeinden eine Arbeit in dieser Richtung erfolgversprechend. Wenn in späteren Jahrzehnten bitter geklagt werden wird über die Auszuchtigkeit der heutigen Gemeindevertretungen, wird man dem Zentrum ebenbürtig wie den anderen bürgerlichen Strukturmerkmalen einen Teil der Schuld beimessen müssen.

Sechster Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Eröffnungssitzung.

Die Verhandlungen des Verbandstages wurden eingeleitet durch eine von der Filiale München zu Ehren der Delegierten veranstaltete Begrüßungsfeier. Der große Saal im „Gadereller“ war bis auf den letzten Platz besetzt, als nach dem von den Arbeitervereinigungen München-Dit und Neubausen stimmungsvoll vortragenen Uthmannschen Freiheitsliede „Dem Venz entgegen“ der Vorsitzende der Münchener Filiale, Weis, zu folgender Ansprache das Wort ergriff:

„Berehrte Delegierte und Gajfel Soeben trugen die Sängler die Verse vor:

„Doch seht Ihr nicht zum Iodernden Brand
Weit hin die Geister entzündet?
Proletarier haben sich Hand in Hand
Zu mächtiger Einheit verbündet.“

„Ist unsere heutige Zusammenkunft nicht eine Erfüllung dieser tiefempfundenen Dichterworte! Nicht nur aus allen Ecken Deutschlands, sondern sogar weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, aus Schweden, Frankreich, der Schweiz, Holland sind Vertreter der Gemeinde- und Staatsarbeiter hier zusammengekommen. Im Auftrage der Münchener organisierten Gemeinde- und Staatsarbeiter heiße ich Sie herzlich willkommen mit dem Wunsche, daß Ihre Verhandlungen einen Markstein in der Geschichte unseres Verbandes bilden mögen. (Stürmischer Beifall.)

Verbandsvorsitzender Mohs: Berehrte Anwesende, werthe Gajne, werthe Kollegen! Mit der heutigen Begrüßungsfeier, die uns die Filiale München bereitet hat, eröffnen wir unseren 6. Verbandstag. Wir begrüßen auch eine Reihe Gajte unter uns, der „Lebende“ von jenseits der Vogesen hat drei Vertreter aus Lyon und Paris entsandt (Bravo!), Dänemark vier, Holland zwei, die Schweiz einen Delegierten. Das beweist, wie große Beachtung unser Kampf auch im Ausland findet. Wir werden auf unserem 6. Verbandstag bemüht sein, die Organisation so auszubauen, daß sie in immer größerem Maße den Stadtverwaltungen sowie privaten Unternehmern, die noch öffentliche Betriebe in Händen haben, entgegenzutreten kann im Interesse der Verbesserung der Lage der Kollegen im ganzen Reiche. Vor 15 Jahren waren wir noch ein kleines Häuflein, heute umfaßt unser Verband 50 000 Mitglieder. (Lebhaftes Bravo!) Der Verband hat bewiesen, daß er auf dem Boden des Klassenkampfes die Verbesserung der Lebenslage der Gemeinde- und Staatsarbeiter herbeizuführen ernstlich bestrebt ist, er hat sich Beachtung erzwingen und hat dank der emsigen Arbeit der Kollegen trotz aller Anfeindungen große Erfolge errungen. Wir haben in den letzten acht Jahren allein gegen 14½ Millionen Mark für unsere Kollegen an Lohnverböhrungen herausgeschlagen. Das will etwas bedeuten bei dem reaktionären Charakter der Stadtverwaltungen, die immer Gegner unserer Organisation waren. Erwähnen wir doch auch unseren 6. Verbandstag im Zeichen des Kampfes. Draußen im äußersten Osten des Reiches, in Tilsit, haben gegenwärtig unsere Kollegen im Streit gegen die Stadtverwaltung, die die Organisation nicht dulden wollte und mit Maßregelungen gegen die Kollegen vorging. Unsere Kollegen stehen dort mit derselben Einmütigkeit zusammen wie 1909 die Kieler Kollegen, die zwölf Wochen im Kampfe aushielten. Das beweist, daß auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter, die man früher als Außenseiter in der Gewerkschaftsbewegung ansah, kämpfen gelernt haben, und in jeder Weise ihren Mann stehen. (Bravo!) Wenn nur der gute Wille vorhanden ist, ist es den Stadtverwaltungen und dem Staate sehr wohl möglich, unseren Kollegen Entgegenkommen zu beweisen. (Sehr richtig!) Wenn wir Erfolge errungen haben, so muß es jetzt unsere Hauptaufgabe sein, das Errungene zu halten angesichts der Anfeindungen der Reaktion, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden, ihre Existenz zu verkümmern. Wir müssen bestrebt sein, die Gemeinde- und Staatsarbeiter immer mehr zusammenzuführen zu einem großen kompakten Haufen, von 50 000 müssen wir den Verband auf 100 000 Mitglieder bringen. Wenn wir trotz aller Verleumdungen, das Koalitionsrecht zu beschneiden, trotz aller Maßregelungen auf dem Posten sind und unsere Pflicht erfüllen, wird es uns gelingen, die Organisation auf die Höhe zu bringen zum Wohle der gesamten Arbeitererschaft in den Gemeinde- und Staatsbetrieben. In diesem Sinne begrüße ich nochmals alle Anwesenden, insbesondere die ausländischen Vertreter, sowie auch die Vertreter der Stadtverwaltung München. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Magistratsrat Knieriem richtet hierauf einige herzliche Worte der Begrüßung namens des Gewerksvereins München an die Delegierten. — Medner weist auf den gegnerischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hin, der von Lüge, Verleumdung und Niedertracht sein Dasein fristet, der sich nicht scheut, in der gemeinsten, niedrigsten Weise in der Öffentlichkeit das, was die Arbeitervertreter im Landtag und Reichstag getan haben, zu verdröhen, der die Wahrheit mit Füßen tritt, nur um einige wenige Dumme einzufangen, denn ein Vernünftiger geht nie und nimmer in diese Organisation. (Weiterheit.) Medner schließt mit dem Wunsche, daß die Delegierten besetzt sein mögen von dem Gedanken der Solidarität, von dem Gedanken der Gemeinschaft des Emporstrebens zum besseren Menschentum. (Stürmischer Beifall.)

Mit lebhaftem Beifall begrüßt, überbringt van Sinte-Rotterdam die Grüße der holländischen Kameraden. Die Holländer bemühen sich, von den Deutschen zu lernen, ganz besonders suchen sie Lehren aufzunehmen auf dem Gebiete der Kriegsführung. Auch in Holland sind Fortschritte zu verzeichnen, die dortige Organisation ist in 10 Jahren von 1300 auf 5200 Mitglieder gestiegen. Die Holländer fühlen sich solidarisch mit den Deutschen. Ebenso wie die Kapitalisten sich international zur Unterdrückung der Arbeiter zusammenschließen, so sind auch die Arbeiter verpflichtet, internationale Bande zu knüpfen. (Bravo!) Medner wünscht, daß auch die Franzosen sich endlich der internationalen Gemeindearbeiterbewegung anschließen mögen und erklärt, daß die Holländer sich hier nicht als Ausländer, sondern als Brüder fühlen. (Lebhafter Beifall.)

Zu Bernat-Paris hält eine französische Ansprache, die von Dittmer übersetzt wird. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Arbeiterfrage international zu lösen und erklärt, daß die französische Gesamtorganisation sich demnächst dem internationalen Sekretariat anschließen wird. (Lebhafter Beifall.)

Eschroth-Zürich dankt für die freundliche Einladung und betont, daß die Schweizer Kollegen ganz besonders die Frage des Streiks und Koalitionsrechts interessieren. Im Kanton Zürich sei den Arbeitern das Streiken gesetzlich verboten. Bei den Streikbewegungen in der Schweiz trete die Polizei auf die Seite der Streikenden. Pflicht des Staates wäre es, den Arbeitern in ihrem Kampfe um eine bessere Existenz beizustehen. (Sehr richtig!) Leider ständen die Gemeinde- und Staatsarbeiter der Schweiz vielfach noch auf dem Standpunkt, daß sie durch politische Kämpfe größere Vorteile erringen können, als durch die gewerkschaftliche Betätigung. Es sei Pflicht, die Kollegen dazu zu erziehen, daß sie zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Organisationen beitragen. (Lebhafter Beifall.)

Mit einem kurzen Schlußwort von Mohs, der auf die Entwicklung der internationalen Gemeindearbeiterbewegung hinweist, und an die Versammelten einen feurigen Appell richtet, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis das Ziel der Arbeiterbewegung erreicht ist, nehmen die Begrüßungsansprachen ihr Ende; der Rest des Abends ist einem gemütlichen Beisammensein gewidmet.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 3. Juni.

Die Sitzung wird von Mohs eröffnet, der dem Wunsche Ausdruck gibt, daß die Verhandlungen zum Wohl der Organisation und der gesamten Arbeiterschaft ausfallen mögen.

Der Reichsverein in Wien, der Norwegische Arbeitsverband, die Union centrale Belge des Ouvriers, der Schwedische Kommunalarbeiterverband und der Verein städtischer Arbeiter in Zürich haben sich entschuldigt, daß es ihnen nicht möglich ist, Delegierte zu entsenden.

Vom Verband der Steinarbeiter ist Knoll-Berlin, als Vertreter der Generalkommission Kube-Berlin anwesend.

Der Verbandstag konstituiert sich.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Hedmann-Mannheim und Sebald-München, zu Schriftführern Hessel-Leipzig, Wom m.-Düsseldorf, Fleck-Mühlhausen i. E., Schulze-Berlin.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt Meher-Bremen, Hartmann-Breslau, Schneider-Frankfurt a. M., Schuchardt-Leipzig, Hauser-Stuttgart, Schuster-Augsburg, Klein-Mainz, Charla-Berlin und als Vertreter des Verbandsverbandes Niedel.

Darauf tritt der Verbandstag in die Tagesordnung. Den Bericht des Vorstandes erstattet Mohs: Unser Verband ist nicht nur nach außen größer geworden, sondern wir haben uns auch nach innen gestärkt. Unsere Kämpfe während der letzten Geschäftsjahre, speziell der Kampf in Kiel, beweisen, daß unser Einfluß gewachsen ist. Der Kieler Kampf hat uns manches gelehrt, und vor allem wird er in bezug auf die Beitragsfrage dem diesmaligen Verbandstag die Wege gewiesen haben. Wir haben uns im Rahmen der modernen Arbeiterorganisationen entfaltet. Die Vorwürfe, die man uns früher gemacht hat, daß wir nicht in den Rahmen der modernen Gewerkschaftsbewegung passen, sind mehr und mehr verschwunden, das Verhältnis zu den anderen Gewerkschaften ist ein besseres geworden. Vor allem haben wir während der drei Jahre eine ganz eminente Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen gehabt. Sie ist gewachsen von 29 316 auf 47 376, hat sich also nahezu verdoppelt. Die vollzahlenden Mitglieder sind von 24 378 auf 42 838 gestiegen. Nach außen haben wir uns ausgedehnt durch Anschluß von verschiedenen Kategorien und Gründung von neuen Filialen. Die Zahl der Filialen ist von 111 auf 189 gestiegen.

Unser Verhältnis zu den anderen Organisationen ist mit Ausnahme von einzelnen Verbänden im allgemeinen ein gutes zu nennen. Größere Differenzen haben wir nur selten zu verzeichnen gehabt. Da gilt das bekannte Wort: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ So haben wir unter den modernen Gewerkschaften einzelne, die auf Mitgliederfang gehen und denen es unangenehm ist, wenn wir Mitglieder haben, die eigentlich zu Gemeindebetrieben gehören. Die

aber von jenen Organisationen als Berufsorganisationen herangezogen werden. Im besonderen haben wir es da mit dem Transportarbeiterverband zu tun, obwohl dieser im Grunde genommen auch eine Verkehrsorganisation ist und die Kollegen ganzer Betriebe heranzuziehen sucht. Trotzdem hat er es immer fertig gebracht, uns in schärfster Weise zu bekämpfen und z. B. zu erklären, die Straßenbahnner, ob sie im Betrieb oder im Depot oder auf der Strecke arbeiten, müsse er für sich reklamieren. Wir haben in der letzten Zeit eine Unterhaltung darüber mit der Generalkommission gehabt, und diese hat der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Straßenbahnangestellten, die Verkehrsangestellten, wie es in der Resolution hieß, überhaupt nicht zu uns gehören; das seien Verkehrsangestellte, und der Verkehr gehöre dem Transportarbeiterverband. Nun kann man den Paragrafen Verkehrsangestellte aber sehr weit ausdehnen. Die Generalkommission ging so weit, daß sie auch die Handwerker und sonstigen Arbeiter, die im Depot beschäftigt sind, als zur Organisation der Transportarbeiter gehörig betrachtete. Auch bei den Transportarbeitern, den Metallarbeitern und andern zeigt es sich, daß die Entwicklung zur Verkehrsorganisation führt. Wenn das auch von anderen Vereinen noch nicht anerkannt wird. In neuerer Zeit versuchen die Metallarbeiter, die bisher für uns unbestrittenen Gasarbeiter mit Grenzstreitigkeiten zu bedenken. Die Gasarbeiter haben uns durch Kartellvertrag die Gasarbeiter abgetreten, die sie früher zum Teil besaßen, nun kommen die Metallarbeiter und reklamieren vor allem die gelehrten Arbeiter. Besonders in Berlin versuchen sie in Betrieben, die wir seit Jahr und Tag unbestritten in Besitz gehabt haben, die Kollegen für sich heranzuholen. Dagegen müssen wir uns entschieden wenden. -- Wir haben überhaupt nach Möglichkeit Grenzstreitigkeiten zu vermeiden gesucht und haben uns bemüht, mit allen modernen organisierten Arbeitern gutlich auszukommen. Aber wir müssen unsern prinzipiellen Standpunkt nach wie vor aufrechterhalten. Die Entwicklung der Gemeindearbeiterorganisation zur Verkehrsorganisation für die ganzen Gemeindebetriebe kann natürlich nicht ein Werk sein, das von heute auf morgen verwirklicht wird; genau wie jede Entwicklung sich nach und nach vollzieht, ist es auch bei uns. Redner beipflichtet sodann die Fortschritte des Verbandes auf dem Gebiete der statistischen Erhebungen und weist auf den großen Wert der Veröffentlichungen des Verbandes hin, die allen Kommunalpolitikern als Unterlage dienen. Leider haben einige Statistiken den Wert der Statistik noch nicht erkannt und den Verbandsvorstand nicht genügend mit Material versehen. Ganz falsch ist die Behauptung des preußischen Finanzministers Lenge, daß die Arbeiter so hohe Beiträge an den Verband zahlen. In den letzten 3 Jahren hat jedes Mitglied durchschnittlich für die 3 Jahre 11,10 M. an Beitrag geleistet, und davon 23,20 M. allein in Form von Unterstufungen zurückbekommen. Betrachtet man weiter die kolossalen Erwerbsverluste auf dem Gebiete der Lohnaufbesserungen und der Arbeitsverteilung, so kann man wahrhaftig nicht von einer direkten Verbesserung der Arbeiter durch die Gewerkschaften sprechen. Wenn die Arbeiter etwas erreichen wollen, müssen sie auch Beiträge zahlen. Wir sind in den letzten Jahren kampffähiger geworden, unsere Lohnbewegungen sind nicht mehr so wild wie früher, wenn auch noch hier und da gewisse Uebelstände zu beklagen sind. Wir können es unseren Kollegen nicht verübeln, wenn sie angesichts der Forderung und des technischen Fortschritts eine Aufbesserung ihrer Lage verlangen. Wenn auf der einen Seite mehr und mehr Arbeiter durch die technischen Fortschritte beschäftigt werden, und wenn auf der anderen Seite die Lebenshaltung verteuert wird, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß unsere Kollegen an die Stadtverwaltungen herantreten müssen, um von ihnen eine Besserung ihrer Lage zu verlangen. Wir sind uns ja bewußt, daß wir in diesem Ringen von den Verwaltungen nicht unterstützt, sondern bekämpft werden, daß man versucht, unsere Bewegung zu unterdrücken. Aber das soll uns nicht hindern, unseren Weg weiterzugehen, denn wir haben gesehen, daß er zum Ziele führt. Wir hatten in den letzten Jahren mehr und mehr Lohnbewegungen ohne Arbeitsverteilung; die Zahl der Bewegungen an sich ist immer größer geworden, und speziell im letzten Jahre haben sie sich so ausgedehnt, daß sie alles bisher Dagewesene übertrafen. Wir hatten eine Zahl von Lohnbewegungen wie noch nie, und die Bewegungen sind im allgemeinen nicht resultatlos verlaufen; die Kollegen haben dadurch Vorteile erzielt. Wir haben gesehen, daß wir nur dann etwas erreichen, wenn die Organisation dahintersteht und wenn wir versuchen, den entsprechenden Nachdruck dahinterzusetzen. Das hat sich ja in Kiel und an anderen Orten gezeigt. Wenn wir in Kiel auch keine direkten Vorteile erreicht haben, so haben sich doch unter Einwirkung dieses Kampfes andere Stadtverwaltungen gefügt, wir müssen etwas mehr geben, weil uns sonst dasselbe bevorsteht wie in Kiel. Wenn der zehnmöndliche Kampf in Kiel, der von der Hartnäckigkeit der Stadtverwaltung heraufbeschworen ist, uns auch im allgemeinen nicht das gebracht hat, was wir wünschen, so hat er doch für die Kollegen im Lande außerordentlich viel gebracht. (Sehr richtig!) Mehr und mehr macht sich an einzelnen Orten die Meinung breit: es muß gestreift werden; aber wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir da, wo die Verwaltungen Zugeständnisse machen und wo sie durch Zugeständnisse an einzelne Kategorien unsere Kolonnen zu dezimieren suchen, uns vor einer Arbeits-

niederlegung hüten müssen, denn dadurch wird die Stojkraft der Kollegen lahmgelegt; wir können nicht so operieren, wie wir es möchten, weil die Einigkeit der Kollegen nicht vorhanden ist. (Sehr wahr!) Wenn wir auch viel erreicht haben, so werden wir uns doch auf diesem Verbandstag noch darüber aussprechen müssen, was zu geschehen hat, um noch weitere Erfolge zu erringen, denn die Löhne der Arbeiter in den Gemeinde- und Staatsbetrieben sind noch lange nicht so, wie wir es wünschen, und auch in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt noch viel zu wünschen übrig. Wenn wir alles zusammenfassen, so können wir wohl sagen, daß wir in den letzten 3 Jahren keine Sisyphusarbeit verrichtet, sondern daß wir tatsächlich Gutes für unsere Kollegen erreicht haben. Die gegnerischen Organisationen, die Christlichen und Dirich-Dunderischen, die uns das Feld streitig zu machen suchen, tragen dadurch nur zu einer Verwilderung bei und machen die Stadtverwaltungen frohlocken. Die Verwaltungen können dann schalten und walten, wie es ihnen beliebt, während sie selbst anerkennen müssen, daß sie dort, wo unsere Organisation groß und stark ist, den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen müssen. (Sehr wahr!) Wenn wir unsere Kräfte stärken, wenn wir unseren Delegierten die Möglichkeit geben, draußen auf die Erfolge unserer Organisation hinzuweisen, dann wird der nächste Verbandstag eine weitere Etappe auf dem Wege zum Ziele sein, dann werden wir sagen können, der Verbandstag hat das geschaffen, was er schaffen mußte, dann werden wir unseren Einfluß noch erhöhen können zum Wohle unserer Kollegen, unserer Familien und der Gesamtheit. (Lebhafter Beifall.)

Riedel ergänzt die Ausführungen von Nobe. Der Dresdener Verbandstag hat den Verbandsvorstand ersucht, der Entwicklung der Sektion des Krankenpflege-, Bade- und Massagepersonals weitgehend Rechnung zu tragen. Das ist geschehen, und infolgedessen ist die Mitgliederzahl der Sektion von 1902 zu Ende des Jahres 1908 auf 3011 im Jahre 1911 gestiegen. Troy alledem darf nicht vergessen werden, daß in einer Anzahl von Gauen die Bewegung unter dem Krankenpflege-, Massage- und Badepersonal stark stagniert, und wir werden die Aufgabe haben, etwas mehr in die großen Kreisströmungen hineinzugehen, um den gegnerischen Organisationen das Wasser abzugraben. Der Arbeitsnachweis hat sich leider nicht günstig entwickelt, namentlich deshalb nicht, weil die Mitglieder selbst dieser Institution nicht das genügende Interesse entgegenbringen. Redner erörtert sodann die Frage der Anstellung von betriebsfremden Personen als Leantle und weist nach, daß es nicht immer möglich ist, von solchen Personen Abstand zu nehmen. Der Verbandsvorstand hat alles versucht, um Kräfte aus den Reihen der Mitglieder heranzuholen, und wenn er nicht brauchbare Kräfte finden konnte, um die Stellen sofort zu besetzen, so liegt das in den Zeitläufen.

Es folgt der Kassenbericht, den Ahmann erstattet. Das Vermögen am Schluß der Geschäftsperiode beträgt 415.000 M., der Ueberchuß rund 80.000 M. Die Mitgliederzahl betrug seit 1908 durchschnittlich pro Jahr 8020, am Schluß des ersten Quartals ist sie auf 49.000 gestiegen, so daß wir wohl schon im zweiten Quartal die Zahl von 60.000 erreicht haben werden. Daß die Beiträge besser eingehen als früher, liegt zum Teil wohl an den Unterabgabeneinrichtungen. Von der Ausschreibung des Ertragsvertrages ist zum erstenmal in dieser Geschäftsperiode Gebrauch gemacht worden infolge von Streik anderer Vereine, durch die wir in Mitleidenschaft gezogen wurden. Leider sind nicht alle Statistiken dem Beschluß nachgekommen, der Vorstand wird aber mit aller Energie darauf dringen, daß die Ertragsverträge erhoben werden. Mit den Niedererschlagungen verlorener Vertragsmarken darf es nicht mehr so weitergehen wie bisher. Der Verbandsvorstand verlangt, daß die Statistiken ihr Schuldbüro ausgleichen. Gerade dadurch wird es möglich sein zu verhindern, daß eine Vorkammerwirtschaft eintritt und die Kollegen dazu zu erziehen, daß sie das Verbandsmaterial so verbreiten, als wenn es ihr Eigentum wäre. Eingehend schildert Ahmann sodann den Beschluß des Vorstandes bezüglich der Aenderung der Abrechnungen und der Veröffentlichung derselben in der „Gewerkschaft“, sowie die Differenzen, die sich daraus zwischen Vorstand und Ausschuß ergeben haben. Er verteidigt den Beschluß des Vorstandes und befreit dem Ausschuß ein Recht, den Vorstand an der Ausführung seines Beschlusses zu verhindern. Das bekannte Zirkular mit der Erklärung, daß der Ausschuß in dieser Sache verhandelt hat, bedeutet eigentlich, daß der Ausschuß eine Urabstimmung vornehmen wollte. Der Ausschuß ist nicht formell vorgegangen, aber trotzdem hat der Vorstand, um die Sache nicht auf die Spitze zu treiben, sich als vernünftige Teil erwiesen und erklärt, daß er die Controversen weiter so veröffentlichen werde wie bisher. Durch das Zirkular hat der Ausschuß nicht nur Verunruhigung in die Kreise der Mitglieder hineingetragen, sondern dem Verband auch Verlusten in Höhe von 20.000 M. verursacht. Der Verbandstag wird darüber zu entscheiden haben, ob das Geld bezahlt werden soll. Im übrigen haben sich alle Kassengeschäfte in voller Uebereinstimmung und Jurisprudenz abgewickelt, und es sei nur zu wünschen, daß das in der nächsten Geschäftsperiode auch der Fall sei. (Prätor!)

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst eine Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorkerkung des Statuts gewählt. Die Wahl fällt auf Jhle-Samburg.

Hammernann-Königsberg, GutsMuth-Dresden, Großmann-Niesersleben, Copenmeyer-Gannover, Ercht-Miel, Binder-Möln, Streckfuß-Fürth, Scheller-Mlm, Spalla-Darmstadt, Hoffmann-Freiburg, Wulph-Berlin, Ragobinski-Berlin, Wost-Münden.

Näherdem sollen zwei Vertreter des Vorstandes an den Beratungen der Kommission teilnehmen.

Hierauf erstattet Wajener-Hamburg den Bericht des Ausschusses: In seinen Beziehungen zum Verbandsvorstand hatte der Ausschuss zunächst über den Antrag zu entscheiden, es mit zu genehmigen, daß § 2 Absatz 2 der Statuten geändert werde, die Worte „Einwirkung auf die staatliche und kommunale Gesetzgebung“ sollten gestrichen werden. Um keinen Präzedenzfall zu schaffen, hat der Ausschuss das abgelehnt und hat eine Urabstimmung darüber verlangt, die dann auch durch den Verbandsvorstand herbeigeführt wurde. Ferner hat der Ausschuss es nicht gutheißen können, daß über die bei der Hauptkassette eingelieferten Gelder nicht mehr öffentlich in der „Gewerkschaft“ quittiert wurde. Der Vorstand hatte beschlossen, daß diese Veröffentlichung nicht mehr erfolgen sollte. Wenn wir auch als Einzelpersonen es nicht für notwendig hielten, unsere Finanzen der Öffentlichkeit bekanntzugeben, so mußten wir doch dem Statut gerecht werden. Der eben stattfindende Verbandstag hatte keine Aenderung vorgenommen, daher mußte die Veröffentlichung auch weiter erfolgen bis zum nächsten Verbandstage. Im Vorstand war eine Minorität gegen den Beschluß gewesen, und dieser wandte sich durch Wost-Münden wieder an den Ausschuss. Der Ausschuss hat der Verbandsleitung recht gegeben. Der Vorstand beharrte aber auf seinem Beschluß, und dann hat der Ausschuss sich an die Mitgliedschaft gewandt, um dem Statut, das unser Gesetz ist, gerecht zu werden. Der Verbandsausschuss hat dann Einspruch erhoben gegen die Einleitung der Wahlreise bei der Wahl der Delegierten zu diesem Verbandstage.

In Fragen der Errichtung bzw. Verlegung oder Einziehung von Neubureaus und in Personalangelegenheiten ist der Ausschuss in der Regel den Vorschlägen des Vorstandes gefolgt, weil der Vorstand ja in dieser Beziehung die Sache besser übersehen kann. — Die Hilfsarbeiter im Verbandsbureau, deren Gehälter in Dresden festgesetzt waren, hatten auf Grund der danach eingetragenen eminenten Teuerung eine Teuerungszulage verlangt. Vorstand und Ausschuss haben darüber beraten und haben dem zugestimmt mit Rücksicht darauf, daß uns daran liegen muß, zuweilen Hilfsarbeiter im Bureau zu haben. Wegen dieser Teuerungszulage wurde nun Beschwerde vom Kollegen Hermann Schulz-Schwartz erhoben, die aber als unbegründet verworfen werden konnte. Der Ausschuss sieht sich auf Grund des § 7 Ziffer 7 des Statuts berechtigt, gemeinsam mit dem Vorstand die Teuerungszulage zu beschließen.

Dann wurden Einsprüche erhoben wegen der Einstellung von Lehrlingen Funktionären, die nicht in staatlichen resp. städtischen Diensten beschäftigt waren. Es war ein Rundschreiben vom Kollegen Altkwater-Zittigart an die Gauleiter ergangen, dessen Inhalt als etwas scharf bezeichnet werden muß und das zum Protest gegen den Verbandsvorstand aufforderte. Altkwater war damit unseres Erachtens über die Befugnisse eines Verbandsmitgliedes hinausgegangen, er überschritt die Grenzen der Verbandserlässe. In welcher Richtung bewegte sich ein Beschluß einer Konferenz des Gauwes Nürnberg, und auch darauf wurde eine zurechtweisende Antwort erteilt. Der Ausschuss war sich bewußt, gemeinsam mit dem Vorstand im Interesse des Verbandes nur das Beste der Kollegen gewollt zu haben. Können dann solche formell und sachlich unbedingte Vorwürfe, so müssen sie selbstverständlich vom Ausschuss zurückgewiesen werden im Interesse der Allgemeinheit. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Verbandsvorstand haben wir uns dahin geeinigt, den Kollegen Wulph als demnächstigen Verbandsvorsitzenden in Vorrichtung zu bringen. (Dörtl hört!) Sie werden mir, der ich schon seit Mainz als Mitglied des Ausschusses mit dem Vorstand zusammen gearbeitet habe, doch zutrauen, daß ich die Geschäftsführung kenne. Medner berichtet sodann über die einzelnen Fälle, mit denen der Ausschuss sich in der verflochtenen Periode zu beschäftigen hatte.

Für die Revisoren berichtet Lutz-Berlin, der die Aufforderung von Ahmann als mütterlich bezeichnet, Decharge für ihn beantragt und seine Wiederwahl empfiehlt.

Hierauf erstattet Dittmer den Bericht der Kommission. Auch dieser Bericht gibt ein glänzendes Bild von der Entwicklung des Verbandes und seiner Presse. Das in Dresden dem Redakteur gegebene Lob war für ihn ein Ansporn, den bisherigen Weg weiter zu beschreiten. Besonders Gewicht hat die Redaktion darauf gelegt, die Leser durch allgemein interessierende Artikel auf politischem, wirtschaftlichem und technischem Gebiete zu erziehen. Auch den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen hat sie durch eine Reihe von Artikeln unterstützt. Der freundliche Eifer der Gauleiter in Bezug auf die Mitarbeiterenschaft hat in der letzten Geschäftsperiode angehalten. Auch die „Sanitätskarte“, die ja lange das Schmerzenskind des Verbandes war, hat sich erfreulich entwickelt, wenn auch noch nicht alles so ist, wie es sein soll. Medner bittet die Kollegen, ihren erzieherischen Einfluß dabei geltend zu machen, daß von dem Anstaltspersonal nicht nur die „Ge-

werkschaft“, sondern auch die „Sanitätskarte“ gelesen wird. Das Verhältnis zwischen Redaktion und Verbandsvorstand sowie Redaktion und Pressekommision war ein zufriedenstellendes. Die Frage der Grenzstreitigkeiten hat im Organ keine große Rolle gespielt. Verbandsvorstand, Pressekommision und Gauleiter stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß wir keine Veranlassung haben, in der Presse die einzelnen Fälle von Grenzstreitigkeiten zu erörtern, zum Gaudium unserer Gegner, selbst dann nicht, wenn wir uns im Recht befinden. Natürlich werden und können wir es uns nicht nehmen lassen, unsere prinzipielle Ansicht über die Organisationsform zum Ausdruck zu bringen und das ist ja auch wiederholt geschehen. Wir suchen die Verhältnisse so lange zu klären, bis man einsieht, daß die Hamburger Grenzstreitigkeitenresolution für uns ein Ausnahmegesetz bedeutet. (Sehr richtig!) Nicht darum kann es sich für uns handeln, daß wir jeden einzelnen Fall von Grenzstreitigkeiten als etwas Unerhörtes ansehen und darüber empört sind, denn damit haben alle Gewerkschaften zu tun. Es dreht sich für uns um das Prinzip, und wenn wir auch nicht so weit gehen, daß wir sagen, daß dies Prinzip heute schon für alle Gewerkschaften durchzusetzen ist, so ist doch für die städtischen Betriebe das notwendig, was wir programmatisch festgelegt haben. (Sehr richtig!) Leider wird die Arbeiterpresse in unserem Interesse noch zu wenig gelesen. Die „Gewerkschaft“ soll nicht ein Ersatz der Arbeiterpresse sein, und deshalb müssen wir Wert darauf legen, daß unsere Mitglieder sich auch mehr um die Arbeiterpresse kümmern. Erst wenn wir gut durchgebildete Kämpfer in jeder Beziehung haben, erst dann können wir sagen, wir stehen gut da vor dem Feind, und die Devise lautet dann nicht: „Deutsch, treu und pensionsberechtigt“, sondern: „Unerschrocken, zielklar und selbstbewußt!“ (Lebhafter Beifall.)

Aus dem von Wulph erstatteten Bericht der Pressekommision ist zu ersehen, daß die Kommission mit der Redaktion durchaus kollegial und friedlich zusammengearbeitet hat. Was auf ein paar Punkte hat die Kommission wenig Anlaß gehabt, gegen die Redaktion Stellung zu nehmen. So war z. B. zu kritisieren, daß die künstlerische Ausstattung der Mainnummer denn doch zu stark danebengelungen war. Wenn wir nicht in der Lage sind, wirklich Gutes in dieser Richtung zu bringen, wie das ja erfreulich in der Verbandstagnummer geschehen ist, dann schon besser nichts. In Sachen der Nichtveröffentlichung der Abrechnungen stand die Pressekommision durchaus auf Seiten der Redaktion. Allzuviel haben auch die Mitglieder nicht an der Tätigkeit des Redakteurs auszuüben gehabt. Das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Redaktion auf dem Posten war und ihre Tätigkeit im Sinne der großen Mehrheit der Kollegen ausgeübt hat. Erfreulich ist es, daß in umfangreichen Maße Artikel aus unserem Blatt in die Gewerkschafts- und Parteipresse übernommen sind. Daraus geht hervor, daß die Redaktion auch in Kreisen außerhalb unserer Organisation Anerkennung gefunden hat. Von verschiedenen Seiten wird ja gewünscht, die Pressekommision zu beistimmen. Es ist gewiß sehr freundlich, wenn der Ausschuss sich bemüht, anderen so wenig Arbeit wie möglich zu machen und seinerseits so viel wie möglich zu erledigen, indem er sich bereit erklärt, die Aufgaben der Pressekommision mit zu übernehmen. Nach seinen Anträgen zu urteilen, scheint er in dieser Beziehung geradezu als Muster auf den Plan zu treten. (Heiterkeit.) Selbst der Verbandsvorstand soll nach diesen Anträgen eine erhebliche Entlastung erfahren, ein recht großer Teil der Regierung unserer Organisation würde danach in den Ausschuss verlegt werden. Trotz alledem ist die Pressekommision der Meinung, es ist besser, den Ausschuss nicht allzusehr zu belasten, damit er nicht nachher über allzugroße Heberarbeitung klagt. (Heiterkeit.) Wir halten es für besser, daß eine gewisse Verteilung der zu erledigenden Arbeiten eintritt. Als uns die Anträge zu Gesicht kamen, mit der Pressekommision ein Ende zu machen, haben wir uns Mühe gegeben nachzudenken, inwieweit sich etwa seit Mainz die Verhältnisse geändert haben, sind aber zu dem Resultat gekommen, daß all das, was in Mainz als Begründung für die Einsetzung einer Pressekommision angeführt wurde, auch heute noch zutrifft. Es sei denn, daß die Kollegen, die damals den Antrag gestellt haben, vielleicht im stillen sich dabei gedacht haben, ein besonderes Gesetz für den damaligen Redakteur zu machen. Ich glaube aber, daß der Mainzer Verbandstag das nicht beabsichtigte, sondern übergenau war, daß es im Interesse der Redaktionsführung unserer Gewerkschaftsblätter liegt, eine Pressekommision einzusetzen. Ich habe daher den Antrag, den Verbandstag darum zu ersuchen, es bei der bisherigen Gestaltung der Dinge zu belassen. (Wrauw!)

Nunmehr wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Es liegen Proteste vor seitens des Kollegen Volting Nürnberg gegen die Delegierung von Gehler, aus dem 11. zusammen gesetzten Wahlkreise Nassau von dem Kollegen Albrecht gegen die Wahl von Auer und aus dem 18. Wahlkreise (Gau Mannheim) gegen die Wahl von Leub. Die Kommission beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären.

Nach kurzer Debatte schließt sich der Verbandstag diesem Antrag an. Dagegen wird ein Antrag, den Gauleiter Weselowski-Königsberg, der auf Anordnung des Verbandsvorstandes mit Rücksicht auf die Bewegung in Tübingen nicht erschienen ist, herzubekufen, abgelehnt.

Dann schließt die Sitzung.

Einnahmen und Ausgaben der

Laufende Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder				Stand bei der letzten rechnung	Eintrittsgelder für Mitglieder		Einnahmen					Sonstige Einnahmen	Vorjahr der Hauptkasse	Summe der Einnahmen
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger		männl.	weibl.	Wochenbeiträge für Mitglieder		pension.	Extra- Steuern				
									männl. & 40 Pf.	männl. & 35 Pf.			weibl. & 25 Pf.			
1	Hugsberg	633	596	35	—	1371 76	49 50	— 75	2555 20	306 60	3	11 10	171 60	72 98	—	457 18
2	Berlin	9557	9214	343	—	66927 64	310	39 25	40398	1896 45	1312 25	232 20	1682 80	1780 75	—	11667 23
3	Brandenb.-Pomm.	1050	984	66	—	2757 24	53 50	—	3116	1215 90	45	12 15	310 15	291 69	570	817 25
4	Bremen	2401	2351	50	—	5831 90	71	— 50	9410 40	15 05	17 75	7 65	4990 30	418 14	—	2016 25
5	Breslau	802	792	10	—	2699 31	31	—	3878 40	—	9	7 95	189 70	150 40	—	800 25
6	Dresden	2664	2572	124	—	19129 76	125 50	— 70	12689 90	330 40	133	45 60	4527 20	511 71	100	3789 25
7	Lüßeldorf	2402	2352	50	—	6357 67	110	— 70	9700	18 90	17 50	—	1114 75	569 68	—	1810 25
8	Frankfurt a. M.	2844	2659	—	55	12135 12	102	2 25	13252 80	354 55	139 25	35 70	1812 40	441 17	—	2252 25
9	Hamburg	6193	6341	89	—	48746 12	152	4 75	28513 60	—	496 25	68 80	8244 50	2639 83	—	8879 25
10	Hannover	1067	1017	50	—	3988 36	70	— 25	4676	60 20	51 75	5 19	374 40	199 22	50	914 25
11	Königsberg i. Pr.	785	693	92	—	1316 93	32 50	1 25	1516 10	1615 60	9 75	27	676 10	133 13	—	3248 25
12	Leipzig	2555	2577	278	—	6686 73	106 70	3 50	12394 80	371 35	98 75	21 90	1588 90	1094 41	400	2287 25
13	Lübeck	1664	1671	45	—	6881 17	33 50	— 50	6150	—	6 50	14 75	1499 40	315 48	—	1367 25
14	Magdeburg	1647	1641	57	—	14746 31	45	— 75	4038	724 85	4 25	23 39	358 40	267 37	140	716 25
15	Mannheim	2742	2541	198	—	7038 4	114 50	1	11428	469 60	172 25	32 10	1551 15	329 14	270	2142 25
16	München	3791	3652	109	—	18841 89	129 50	10 75	14311 20	1484 70	1085 25	81 75	2481 50	793 35	—	4124 25
17	Nürnberg	2238	2140	86	—	13288 28	69	— 3	9848 40	361	75	40 80	3945 60	294 76	—	2865 25
18	Strasbourg	1066	1601	8	—	9648 11	47 50	1 25	7282 40	4 75	243 75	68	185 15	422 06	20	1941 25
19	Stuttgart	2510	2723	87	—	8843 17	89 50	— 75	10819 80	300 25	159 50	60 55	1851	422 10	—	2417 25
20	Gesamtmittelglieder	272	254	—	2	—	25	4	391 20	401 45	27 50	—	4 76	—	—	1671 25
Summa		4995	4756	1777	57	23056 58	1852	75 50	20771 90	3675 49	1312 25	810 14	15576 20	1039 22	1000	32176 25

Anmerkungen: Unter den an die Hauptkasse gefandten 560

Nachfolgend die zum Gau gehörenden filialen nebst

Die in Klammern beigefügten Ziffern sind

Gau Hugsberg. Hugsberg (24) 308 Hugsberg Land (6) 34 Blasch (47) 31 Deigendorf (6) 6 Angoldt (10) 7 Kaufbeuren (30) 39 Kleinert (58) 57 Kleinling (12) 6 Kleinburg I (94) 93 Kleinburg II (neu) 19 Kraubing (29) 30	Gau Berlin. Groß Berlin (2114) 957 Gau Brandenb.-Pomm. Pech (4) 28 Brandenburg (60) 60 Ursenitz (96) 100	Gau Dresden. Annaberg (20) 17 Chemnitz (574) 595 Tscheln (22) 22 Dresden (1588) 1650 Freiberg (84) 87 Hörlich (50) 63 Großhain (11) 13 Röben (14) 18 Reichen (80) 15 Rittweida (35) 37 Rengersdorf (29) 32 Tarna (10) 8 Zehlig (10) 19 Zittau (112) 120	Gau Tüßeldorf. Nad (68) 66 Parnen (273) 295 Tscheln (1150) 1196	Gau Erfeld. Erfeld (50) 48 Dietmund (55) 60 Tüßeldorf (106) 411 Erfeld (123) 216 Eifen (50) 42 Sachsen (16) 16 Nürnberg (26) 34 Nensdorf (15) 14 Zöllingen (20) 31	Gau Frankfurt a. M. Waldenburg (21) 22 Pichard (12) 17 Coblenz (27) 36 Eisenberg (9) 3 Frankfurt a. M. (1525) 1498 Frankfurt Land (16) 26 Gießen (85) 94 Hanau (40) 42 Nemburg v. d. S. (11) 11	Gau Hamburg. Groß-Hamburg (6314) 6433 Gau Hannover. Bielefeld (178) 182 Braunschweig (134) 140 Cassel (280) 278 Hannover (629) 365 Herford (26) 22 Niedersheim (21) 24 Runden (32) 41 Wänden (11) 15	Gau Königsberg. Königsberg (622) 529 Lützenbach (281) 298 Bielar (29) 11 Wiesbaden (287) 308	Gau Königsberg. Königsberg (165) 505 Königsberg (18) 11 Kemel (neu) 7 Lütz (77) 107	Gau Leipzig. Ansbach (21) 20 Arnstadt (24) 21 Crimmitschau (9) 11 Eisenach (125) 126 Erfurt (95) 91 Gera (138) 149 Gotha (71) 74 Halle (214) 224 Jena (88) 92 Münster (34) 61 Rangenhau (neu) 7 Leipzig (1396) 1474 Limbach (neu) 49 Neerane (neu) 9
---	---	--	---	--	---	--	---	--	---

Die Lüftung der Arbeitsräume.

Die Reinhaltung der Luft in den Arbeitsstätten erfordert nicht nur die Fortschaffung der durch die Atmung sowie die Beleuchtung entstandenen Verunreinigungen, in den Arbeitsstätten und Fabriken kommt es vor allem darauf an, die bei besonderen Arbeitsprozessen entstehenden Luftverunreinigungen zu beseitigen. Sind diese nicht in erheblichem Maße schädlich oder treten sie nur in geringer Menge auf, so werden sie durch verstärkten Luftwechsel beseitigt werden können. Es darf jedoch dabei kein Zug entstehen, weil sonst leicht Erkältungen auftreten. Im Winter ist eine Vorwärmerung der einströmenden Luft auf die Temperatur des Raumes notwendig.

Besonders schädliche oder in großer Menge sich entwickelnde Gase, Dämpfe und Staubarten werden am zweckmäßigsten an der Entstehungsstelle durch Auffangen und Ableiten unschädlich gemacht.

Ein Austausch der Innenluft und der Außenluft erfolgt stets in großem Maße auf natürlichem Wege infolge der Durchlässigkeit der Wände, der Undichtigkeiten der Türen und Fenster. Die bewegendende Kraft, welche diesen Luftwechsel bewirkt, wird durch den Unterschied der Außen- und Innentemperatur und durch Windanfall hervorgerufen. Der natürliche Luftwechsel ist aber nicht regulierbar, die eintretende Luft ist auch vielfach nicht rein.

Prof. Hartmann glaubt, daß es trotzdem ungerechtfertigt wäre, für alle Arbeitsräume die Verbefähigung eines bestimmten Luftwechsels durch künstliche Einrichtungen zu verlangen, für große, von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Arbeitern besetzte Räume, in welchen nicht besondere Luftverunreinigungen durch die Arbeitsprozesse entstehen, kann die natürliche Lüftung eine ausreichende Lüfterneuerung geben. Aber es ist zweifellos, daß für zahllose Arbeitsräume die hygienischen Anforderungen an die Luft-

beibehaltung durch natürliche Lüftung nicht erfüllt werden. Es läßt sich dann eine gesundheitlich gute Luftbeibehaltung nur durch künstliche Zuführung reiner Luft und Beseitigung der unreinen Luft erzielen. In den Kreisen der Unternehmer besteht nicht selten ein gewisses Mißtrauen gegen künstliche Lüftungseinrichtungen, welches sich darauf gründet, daß manche mit großen Kosten ausgeführte Lüftungsanlagen nicht zu dem gewünschten Erfolge führten und sogar manchmal als nutzlos wieder aus dem Betriebe entfernt wurden. Bei dem Entwurf und der Anlage solcher Einrichtungen ist in diesem Fall nicht mit der nötigen Sachkenntnis verfahren worden; es mag recht einfach dünken, einen so leicht beschafflichen und in so ungemessener Menge vorhandenen Stoff, die Luft nach den Bedarfsstellen in der erforderlichen Menge zu bringen; Ueberlegung und Erfahrung lehren aber, daß ein gutes Resultat nur bei völlig sachgemäßer Durchführung der Aufgabe erhalten wird. Es muß daher dringend empfohlen werden, sachverständigen Rat bei der Anordnung von Lüftungsanlagen zu Hilfe zu nehmen, wenn die eigene Sachkenntnis nicht ausreicht.

Der durch die natürlichen Vorgänge entstehende Luftaustausch kann in einfachster Weise durch Anbringung von Öffnungen in den Außenwänden verfaßt werden durch Einsetzen von Lüftungsgittern, Lüftungsgittern und Lüftungsfenstern. Zu besserem Resultat führt die Anordnung einer besonderen Zu- und Abführung der Luft durch Kanäle. Hierbei kann wieder nur eine Abteilung der verunreinigten Raumluft erfolgen. Diese Lüftungsart wird als Sauglüftung oder Aspiration bezeichnet. In anderer Weise kann der Luftwechsel dadurch erzielt werden, daß frische Luft in den Raum eingetrieben wird, eine gleiche Menge Raumluft entweicht dann durch die Umschließungswände und Undichtigkeiten von

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1912.

Einnahme:	
Bestand	415.411,91 M.
Eintrittsgelder	1.227,50
Mitgliedsbeiträge	166.337,01
Ertragsbeiträge	8.435,20
Die Gewerkschaft	323,79
Kalender	1.687,-
Protokolle	415,45
Futterale	96,30
Briefe	3.126,45
Zurückgezahlte Vorschüsse der Zillalen	1.500,-
Sonstige Einnahmen	432,88
Summa	599.776,49 M.
Ausgabe:	
Streitunterstützung	2.440,42 M.
für andere Gewerkschaften	9.000,-
Gemahregeltenunterstützung	1.877,00
Rechtschutz	1.493,71
Arbeitslosenunterstützung	11.550,98
Krankenunterstützung	59.461,93
Sterbeunterstützung	12.790,-
Agitation durch die Hauptbureau	22.078,49 M.
das Hauptbureau	1.166,35
Summa	23.138,84
Lohnbewegung durch die Hauptbureau	2.119,60 M.
das Hauptbureau	37,35
Summa	2.156,95
Beitrag an die Generalkommission	17.39,09
das internationale Sekretariat	1.254,14
Die Gewerkschaft	20.643,52
Unterstützung und Bildungsmittel	787,90
Literatur	263,29
Vorschüsse an die Zillalen	1.500,-
Personliche Verwaltungskosten:	
Gehälter	7.531,93 M.
Sitzungsgelder	106,65
Versicherungsbeträge	496,39
Summa	8.014,94 M.
Sächliche Verwaltungskosten:	
Druckkosten	411,55 M.
Büroausgaben	591,25
Materialien für die Zillalen	1.86,65
Posto	828,68
Bürorente, Heizung, Heizung u.	
Verleumdung	1.754,74
Summa	3.774,47
Sonstige Ausgaben	1.215,-
Summa	191.413,72 M.
Abchluss:	
Einnahme inkl. Bestand	599.776,49 M.
Ausgabe	191.413,72
Reißt Bestand	408.362,77 M.

Hieron gelten 94.189,11 M. als Fonds für die Sterbeunterstützung.
 Berlin, den 29. Mai 1912. G. W. Mann, Hauptkassierer.
 Die Revisoren:
 Karl Schabel, Emil Lutz, Kurt Luder mann.

Zusammenstellung

Über die Gesamteinnahme und -ausgabe des Verbandes im 1. Quartal 1912.	
Einnahme:	
Einnahme der Zillalen	521.436,60 M.
Hieron an die Hauptkasse	176.683,32
verbleiben 344.753,28 M.	
Einnahme der Hauptkasse	599.776,49
Summa	944.529,77 M.
Ausgabe:	
Ausgabe der Zillalen	282.532,14 M.
Hieron an die Hauptkasse	176.683,32
verbleiben 105.848,82 M.	
Ausgabe der Hauptkasse	161.543,32
Summa	267.392,14 M.
Abchluss:	
Gesamteinnahme	944.529,77 M.
Gesamtausgabe	267.392,14
Reißt ein Vermögen von	677.137,63 M.
Darun in den Zillalen	238.924,16
Darun in der Hauptkasse	438.213,47

Aus Politik und Volkswirtschaft

Berlin, 1. Juni 1912.
 Still liegt nun seit Pfingsten das mächtige Reichstagsgebäude. Die Reichstoten haben es auf Monate verlassen; die langen Ferien sind da. Nun muß auch der Reichstagsberichterstatter unserer Gewerkschaft" notgedrungen Ferien machen. Aber ehe er seine Berichte einstellt, ist es gut, noch einmal ein Fazit aus dieser ersten Sitzungsperiode des neuen Reichstages zu ziehen.

Was ist das bleibende Ergebnis der letzten viermonatigen Beratungen? Die Antwort darauf erscheint einigermaßen dürftig.

Recht sieht zunächst etwas Negatives: es ist keine Mehrheit mehr für irgendwelche Ausnahme-gesetze vorhanden. Man erinnert sich vielleicht, wie noch im vorigen Jahre, als der alte Reichstag noch tagte, Regierung und Schwarzblau, Mod mit einem neuen, gar gedoppelten Justizhausgesetz und einigen anderen Heimen, aber nicht minder gefährlichen Ausnahme-gesetzen gegen die Arbeiterklasse drohten. Die großen Worte des Reichstagslers v. Bethmann Hollweg sind gewiß noch in mancher Gedächtnis. In diesem neuen Reichstag, in dem 110 Sozialdemokraten sitzen, schweben alle Pläne davon. Zweimal haben die Schwarzblauer sich eine geradezu blamable Niederlage geholt, als sie den Versuch machten, ihre arbeitserfindlichen Bestrebungen in die Tat umzusetzen. Das eine Mal geschah es bei der sogenannten kleinen Strafgesetznovelle: obwohl die Schwarzblauer, namentlich in den Reihen der Freikonserverativen, alles veruchten, in diese unannehmliche Strafbestimmungen vor allem gegen die sozialdemokratische Presse hineinzufragen, anfangs das völlig. Die Novelle, wie sie schließlich angenommen wurde, ist, anstatt zum Schaden, zum Nutzen des Volkes gehalten worden. Das zweitemal war die Niederlage der Schwarzblauer noch schwerer. Am letzten Sitzungstage beantragten die Konserverativen die Vorlage eines neuen Gesetzes zum Schutze der Arbeitwilligen; die Abstimmung war eine namentliche, und sie ergab die Ablehnung des Antrages mit 273 gegen 62 Stimmen. Eine Ausnahmebehandlung der Arbeiter durch diesen Reichstag ist also gänzlich ausgeschlossen; die Schwarzblauer sind in eine kleine Minorität zusammengedrängt.

Ungeleht aber ist eine sehr starke und sichere Mehrheit für alle Meeres- und Marinevermehrungen, für Weltmacht- und Kolonialpolitik vorhanden. In diesen Fragen geht der ganze Reichstag gegen die allerdings fastliche Minderheit der Sozialdemokraten und die leicht der F. len geschloßen zusammen. Wenn es sich um Militar und Imperialismus handelt, sind konserverative, Zentrum, Nationalliberale und Freikonserverative ein Herz und eine Seele.

In allen anderen politischen Fragen dürfte die Mehrheitsbildung in diesem Reichstag eine wechselnde sein. Dabei plegen die Sozialdemokraten zusammen mit den Fortschrittlichen die eine, die Konserverativen zusammen mit dem Zentrum die andere Seite zu bilden. Die Nationalliberalen, die sogenannte Fraktion Trehscheibe, gibt den Ausschlag auf welche Seite sie sich schlagen, die hat die Mehrheit. Das hat sich am deutlichsten bei den vielerörterten Brandtentenwahlen gezeigt: bei der ersten Wahl gingen die Nationalliberalen mit der Linken, und daraufhin wurde der Sozialdemokrat Scheidemann gewählt; bei der zweiten Wahl, wo ihnen das Herz in die Hofen gefallen war, gingen sie nach rechts, und Scheidemann fiel. So wird in Zukunft die nationalliberale Partei in vielen und wichtigen Fällen das Hügellein an der Waage bilden. Funktioniert es unglücklich, so wird es die Aufgabe des Volkes sein, bei den nächsten Wahlen diese unzuverlässige Partei endgültig zu zerschmettern.

Von größeren Gesetzen sind in der abgelaufenen Sitzung fertiggestellt worden: das Gesetz über den Haushaltplan des Reichs für 1912/13, die neue Meeres- und Marinevorlage, das Deckungsgesetz für diese Doppelmilizvorlage in Form der Neugestaltung des Brauntweinsteuer-gesetzes und eines Zusatzgesetzes zum Haushaltplan. Schließlich die schon einmal genannte kleine Strafgesetznovelle und die neue verbesserte Geschäftsordnung für den Reichstag. Das ist, so wenig es zu sein scheint, für die kurze viermonatige Sitzungszeit immerhin Arbeitsleistung genug. Leider ist davon nur wenig, was vor dem Volke vollen Gefallen finden kann.

Die nächste Sitzungsperiode wird Ende November dieses Jahres beginnen. Sie wird zweifellos noch interessante Kämpfe bringen, als die eben verfloßene, und noch mehr Arbeit. Wer sie mit vollem Verständnis verfolgen will, darf bis zum Herbst die Hände nicht in den Schoß legen. Jeder Gewerkschaftler sollte in Zukunft sich eine Tageszeitung halten, die für einen Arbeiter nur eine Arbeiterzeitung, ein sozialdemokratisches Blatt sein kann. In ihm muß er täglich die öffentlichen Ereignisse

verfolgen: dann wird er allmählich immer mehr in die Kenntnis des politischen Lebens, die für ihn und sein und seiner Familie so unerlässlich ist, hineinwachsen, und er wird dann im Streit mit ganz anderem Feuer und Verständnis auch die Reichstagsverhandlungen lesen als vielleicht bisher. Also, abonniert unermüdet eine sozialdemokratische Zeitung, wo es noch nicht der Fall war: „Wo keine Zeitung ist im Haus, da sieht's gar öd und leer aus!“ Und im übrigen: Auf Wiedersehen im Herbst!

P. Göhre.

Genossenschaftswesen.

Eine genossenschaftliche Ausstellung. Vom 15. bis zum 19. Juni tagt in Berlin der neunte ordentliche Genossenschaftstag. Mit ihm ist eine genossenschaftliche Ausstellung verbunden. Schon anlässlich des vorjährigen Genossenschaftstages zu Leipzig war zum ersten Male der Versuch gemacht, im Rahmen einer Ausstellung die Bedeutung des Genossenschaftswesens, soweit es sich im Zentralverband deutscher Konsumvereine kristallisiert, darzutun. Der Versuch von Leipzig soll in Berlin auf erweiterter Stufenleiter wiederholt werden. Die Ausstellung findet im „Clou“, einem geräumigen Lagerhaus im Zentrum Berlins, statt. Die Einladung der Veranstalter der Ausstellung erging an alle dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften, so daß zu erwarten ist, die genossenschaftliche Ausstellung in Berlin werde einen allgemeinen Charakter tragen und ein Bild des gesamten genossenschaftlichen Wirkens vermitteln. In hervorragender Weise werden, ihrer Bedeutung als Zentralinstanzen entsprechend, in der Ausstellung die Großhandelsvereine und der Zentralverband deutscher Konsumvereine vertreten sein. Die Großhandelsvereine wird die Gelegenheit der Ausstellung benutzen, um den weitverbreiteten Mechanismus einer zentralen Einkaufs- und Produktionsgenossenschaft im Clou zu zeigen. Den Großhandel werden vornehmlich die vielen geschäftlich geschulten Eigenpächungen repräsentieren. Spezialausstellungen werden den Besucher über den Wegedang wichtiger Genusmittel unterrichten. Besonders Interesse dürften neben den Modellen einer Fabrik und Verwaltungsgebäude sicher die Erzeugnisse der Massenproduktion beanspruchen. Sie in ihrer Leistungsfähigkeit bewundernde und mit ihrer technischen Vollkommenheit als Vorbild für die Seifenfabrik in Groß-Miesau wird alle ihre Produkte dem Mittel der Ausstellungsbesucher unterbreiten. Die Fabrikate aus den drei Tabakfabriken der Großhandelsvereine werden ebenfalls ausgestellt werden. Einen hohen praktischen Wert können die Vorlesungen des chemischen Laboratoriums der Großhandelsvereine beanspruchen, die über die Zusammenfassung der wichtigsten Nahrungsmittel und über die in letzter Zeit gefundenen Nahrungsmitteluntersuchungen unterrichten. Die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden eine Anzahl graphischer Darstellungen vor Augen führen. Besser als durch nackte Zahlen können sinnvolle Darstellungen über das Maß von Organisationsarbeit unterrichten, das geleistet werden mußte, um den Zentralverband bis herüber zu führen. Die Eigenproduktbetriebe des Zentralverbandes, die große Druckerei und die Papierwarenfabrik, steuern zur Ausstellung ebenfalls ihre Erzeugnisse bei. Was die Buchdruck- und die Buchbinderkunst in sich hat, aber auch in praktischer Hinsicht zu leiten imstande sind, wird die Ausstellung zeigen. Die Papierwarenfabrik stellt unter Ausmerzung unvollster, heimindustrieller Produktionsweise hergestellten Tüten,beutel usw. aus. Die deutschen Konsumvereine werden, soweit sie Aussteller sind, durch Modelle ihrer Bau- und Anlagen, durch graphische Tafeln, durch Photographien und Zeichnungen ihre Leistungsfähigkeit zu erweisen suchen. Auch hier wird die greifbare Darstellung nachhaltiger auf den Besucher wirken, ihm ein weit klareres Bild übermitteln, als das Worte und Zahlen vermöchten. Es liegt nahe, daß die deutschen Konsumvereine jenen Anreiz ihrer Tätigkeit besonders in das Gesichtsfeld stellen, der ihnen bisher in hervorragender Weise die Anerkennung der organisierten Konsumenten, aber auch aller derjenigen eintrug, denen die Fortentwicklung der Produktionsweise unserer Lebensweise als eine Notwendigkeit erscheint. Die Konsumvereine werden durch Modelle ihrer Eigenproduktbetriebe und deren Erzeugnisse den Stand der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zeigen.

Eine genossenschaftliche Ausstellung in Berlin wird, wie zu erwarten ist, ein abgerundetes Bild genossenschaftlichen Lebens im Zentralverbande deutscher Konsumvereine geben. Sie wird so ein Augenmerk von eminenter Bedeutung für diejenigen sein, die sich konstantlos über die Konsumgenossenschaftsbewegung orientieren wollen. Den Konsumenten aber möge sie zugleich ein Reizden gemeinschaftlicher Leistungsfähigkeit und ein Ansporn sein, alles daranzusetzen, diese Leistungsfähigkeit mehr zu vervollkommen.

Rus den Stadtparlamenten

Hamburg. Für die städtischen Arbeiter genehmigte die Stadt am 11. Mai pro 1912 13 000 Mk. Lohnzulage.

Nürnberg. Im Plenum der Reichsberger Stadtverordnetenversammlung rief die Petition der städtischen Arbeiter zur Neuverteilung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Sitzung vom

30. Mai eine lebhafte Debatte hervor. Die eingereichten Forderungen der Arbeiter, 4,25 Mk. Minimallohn bei 40stündiger Arbeitszeit, 25 Proz. Zuschlag für Überstunden, 50 Proz. Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit und ein 14tägiger Sommerurlaub nach fünfjähriger Dienstzeit, wurden allgemein als maßvoll und wohlbegründet anerkannt. Nur über die Behandlung der bereits im Oktober v. J. eingereichten Petition war man sich nicht einig. Der sozialdemokratische Antrag, der Petition sofort zuzustimmen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 28 Stimmen abgelehnt, dagegen einstimmig beschlossen, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Wann wird der Magistrat Zeit zur Berücksichtigung finden? Hoffen wir, daß unsere Kollegen in Nichtenberg den nötigen Druck dahinterlegen!

Mariendorf. Auf wiederholtes Drängen der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher sah sich der Gemeindevorstand veranlaßt, in eine Regelung des Erholungsurlaubs für die städtischen Arbeiter zu treten. Der letzten Gemeindevorsteherprüfung unterbreitete der Gemeindevorstand folgenden Erlaß: „Die Vorarbeiter und Kolonnenführer erhalten vom zweiten Jahre an sieben Tage und vom fünften Jahre vierzehn Tage Urlaub, während den Arbeitern ein solcher von fünf bezw. zehn Tagen und nach zehnjähriger Dienstzeit erst ein vierzehntägiger Urlaub unter Weiterzahlung ihres vollen Lohnes gewährt wird.“ Genosse Reichardt wünschte, daß in dem gegebenen Erlaß der Passus: „ein Rechtsanspruch besteht für die Gewährung des Urlaubs nicht“, gestrichen wird. Hierdurch können Arbeiter, die vielleicht dem Straßenmeister und Vorarbeiter nicht genehm sind, willkürlich von der Urlaubsliste gestrichen werden. Zur Streichung des Passus ließ sich der Gemeindevorstand nicht herbei, es gelang unseren Genossen jedoch, daß hinter dem beanstandeten Satz eingefügt wird: „die Urlaubsverweigerung muß mit beweiskräftigen Gründen bekanntgegeben werden.“ Wenn hier nicht die volle Streichung des Satzes erreicht werden konnte, so liegt es daran, daß unsere Genossen im Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter allein stehen. Ein Zusammenschluß der städtischen Arbeiter in unserem Verband würde den Gemeindevorstand etwas gefügiger machen. Deshalb, städtische Arbeiter Mariendorfs, organisiert euch!

Wilmerdorf. Die Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 1912 beschloß einer Magistratsvorlage gemäß, daß den städtischen Arbeitern außer einer Lohnhöhung auch eine Familienzulage zuteil werden soll. Es erhalten danach die verheirateten städtischen Arbeiter, soweit ihr gesamtes steuerpflichtiges Einkommen nicht dem ihrer Kinder unter 16 Jahren sich nicht höher als auf 3000 Mk. stellt, eine Zulage, die für Arbeiter mit 3 Kindern monatlich 10 Mk. beträgt und sich für jedes weitere Kind um je 2,50 Mk. erhöht. Den verheirateten Arbeitern sind die verwitweten und geschiedenen gleichgestellt. Die Zulage wird nur für eheliche und durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder unter 16 Jahren gewährt, und zwar nur für diejenigen, denen der Arbeiter Unterhalt zu gewähren hat und tatsächlich gewährt. Die Zulage beginnt erst mit der Einstellung als städtischer Arbeiter. Die Zahlung erfolgt monatlich nachträglich gegen die bei der zuständigen Deputation abzugebende jährliche Versicherung des Arbeiters über die Anzahl seiner Kinder. Im Falle der Erkrankung wird die Familienzulage weitergezahlt, doch ist sie nicht ruhehaltfähig, wenn sie auch während des sogenannten Gnadenwärteljahres noch gewährt wird. Ein Rechtsanspruch auf die Familienzulage steht dem Arbeiter nicht zu. Die Kosten der Versicherung stellen sich für das laufende Geschäftsjahr auf 6500 Mk. Kollege Niedeck forderte bei der Beratung dieser Vorlage, daß auch den unständigen Arbeitern die Zulage gewährt werden solle, zum mindesten, soweit sie zwei Monate im Dienste der Stadt tätig sind. Weiter wünschte er, daß auch solche ledigen Arbeiter, die Eltern oder Angehörige zu ernähren haben, als empfangsberechtigt zu betrachten seien. Die Verbesserungsanträge wurden jedoch abgelehnt.

Salinenarbeiter

In einer gemeinsamen Betriebsversammlung des Hofenheimer Salinenpersonals referierte vor kurzem Landtagsabg. Auer. Am Abend vorher hatte eine Versammlung der „Christlichen“ Salinenarbeiter stattgefunden, in der Dintersee über die Lohnregulierung referierte. Herr Schwanagl zog es aus guten Gründen vor, nicht zu erscheinen; denn wenn er den „Christlichen“ Arbeitern gesagt hätte, daß in dieser Session des Landtages nichts für sie herauskommen wird, so hätte er ihnen seine Freude gemacht. Bei den jetzigen Lohnverhältnissen wäre das, was die sozialdemokratische Partei zur Aufbesserung der Staatsarbeiter im Landtag forderte, nur ein gerechter Ausgleich gewesen. Durch die letzte Lohnordnung wurde eine Lohnhöhung von im Höchstfalle 17 Pf. erreicht, während jedoch einzelne Kategorien einen Lohnrückgang hatten. Als unsere Anträge vorlagen, beistellte sich das Zentrum unter Führung der Oswald, Cadau, Walterbach, einen Antrag auf Durchführung der vom vorigen Landtag beschlossenen Lohnhöhung zu stellen. Sie vermieden es aber, sich auf Differe festzulassen.

Das Zentrum verlangte ferner, daß bei Vergabung von Arbeiterwohnungen in erster Linie hundertfache Familien berücksichtigt werden sollten. Der Zentrumsabg. Frank war es aber, der seinerzeit verlangte, die Wohnungspreise der Salinenarbeiter zu erhöhen, weil sonst der Hausbesitzern Monturenz geschaffen werde! Die Arbeiteranträge der Sozialdemokratie und des Zentrums fanden am 6. März zusammen zur Beratung. Da erklärte der Zentrumsabg. Verndt, die Anträge sollten kurzerhand dem Finanzauschuß überwiesen werden. Unsere Anträge ablehnen konnten sie nicht, und so blieb ihnen nur die Verweisung an den Finanzauschuß, um sich um die Anträge herumzudrücken. Die Protokolle dieses Ausschusses werden nicht veröffentlicht! Unsere Vertreter wehrten sich gegen die Überweisung, für die sich auch der „Arbeitervertreter“ Oswald erklärte. Im Finanzausschuß gaben auf Drängen des Gen. Auer die Minister v. Hertling und v. Soden bestimmte Zusicherungen; die Regierung werde in Form eines Nachtragsetats die Forderungen an den Landtag bringen. Am 14. März stellte Soden noch fest, daß im Ministerrat auch seine Annäherung herrsche. Kurze Zeit danach erklärte aber der Finanzminister, daß kein Geld vorhanden sei. Wie die Dinge jetzt liegen, ist sehr wenig für die Arbeiter zu erwarten. Die Industriearbeiter haben es verstanden, sich bessere Verhältnisse zu schaffen. Wenn auch die Staatsarbeiter etwas erreichen wollen, müssen sie sich alle der Organisation anschließen. Es wird darauf hingearbeitet, die Arbeiter zu entzweien. Aber Pflicht jedes denkenden Arbeiters ist es, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen; er arbeitet dadurch für seine Familie, seine Kinder und nicht nur für sich! In der Diskussion ließ der Vorsitzende der „Christlichen“ Salinenarbeiter seine Kenntnisse aus der Münden-Bladbacher Schule leuchten. Er findet es auch für notwendig, daß sich die Arbeiter organisieren, ist aber mit der freien Organisation nicht einverstanden. Um die „sozialdemokratische Herrschaft“ zu kennzeichnen, führt er — Frankreich an! — Abg. Auer bedauerte, daß durch die Quartiervereine der „Christlichen“ der Zweck der Betriebsversammlung wieder nicht erreicht werden soll. Die „Christlichen“ Führer suchen mit allen Mitteln die Arbeiter zu entzweien. In den Versammlungen führen sie sich so radikal auf, wie es sich ein Sozialdemokrat nicht erlauben darf; aber ihr Handeln steht immer im Gegensatz zu ihren Worten. Nachdem sich noch ein christlicher Kollege mit den Ausführungen Auers einverstanden erklärt hatte, nahm auch Koll. Se bald das Wort, um die Erfolge der freien Gewerkschaften auch auf dem Gebiete der Gemeinde darzulegen. Im Stellen von Forderungen seien die „Christlichen“ auch in Münden uns voraus gewesen; aber einer ihrer Vertreter im Magistrat war es, der erklärte, es seien keine Mittel zur Verbesserung da. Solange die Arbeiter in den Staatsbetrieben den Wert einer einheitlichen Organisation nicht begriffen haben, sehen sie nichts durch. Der Redner wies auch den Vorwurf zurück, daß Verbandsgelder zu Wahlen verwendet würden. Es liege übrigens im Interesse jedes Arbeiters, einen Vertreter seiner Sache einem Reaktionsär vorzusetzen und die Wahl eines solchen zu verhindern. Im Schlußwort sagte Abg. Auer das Ergebnis der Aussprache zusammen mit der Aufforderung, die Salinenarbeiter möchten von den übrigen Organisationen lernen und durch einheitlichen Zusammenschluß in der freien Organisation ihre Interessen fördern. Zu dieser gut verkauften Versammlung nimmt auch der „Wendelstein“ (Nr. 17) in einem Schimpfartikel das Wort, dessen Behauptungen durchaus im Widerspruch stehen mit den Tatsachen, denn der Verlauf der ganzen Versammlung war sehr sachlich.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die Lokalisten, oder, wie ihr Sammelname heißt: die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, hielten vom 16. bis 18. Mai in Magdeburg ihren 10. Kongress ab. Betrachtet man sich ihr Organ, „Die Einigkeit“, oder verläßt sich in ihre Versammlungen, so sieht und hört man nichts weiter als bloßes Schimpfen auf die freien Zentralverbände und die sozialdemokratische Partei. Besonders wird den Zentralverbänden unsonnigerweise zum Vorwurf gemacht, daß sie den Unternehmern viel zu wenig abringen können. Da klingt es denn überaus kläglich, wenn der Hauptagitor der Lokalisten, Fritz Kater, seine Genossen begrüßt: „Erfolge, soweit es auf Zahlen ankommt, sind in der nächsten Zeit ebentowenig zu erwarten, wie ein Einfluß auf das Unternehmertum. Zum ersten Male seit ihrem Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei und dem Ueberteit eines großen Teils der Lokalisten zu den Zentralverbänden hat hier die Geschäftskommission Mitgliederzahlen bekanntgegeben. Am 1. Januar d. A. zählten die Lokalisten in 117 Ortsvereinen 7133 Mitglieder, gegen 645 Mitglieder in 140 Ortsvereinen am 1. Januar 1911. Der Kasienbestand von 167 761,03 Mk. muß als günstig bezeichnet werden. Sonst hätte aber Kater, der Vorsitzende der Geschäftskommission, wenig Erreichtes zu berichten: „Die Agitation habe nicht in dem gewünschten Maße betrieben werden können, weil es nicht nur an Mitteln, sondern auch an Zeit und an genügend agitatorisch befähigten Rednern gefehlt habe. In manchen Orten habe die Agitation gelitten infolge der unangenehmen Eigenschaft der leitenden Personen, in ihrem

Reiche König sein zu wollen und niemanden neben sich dulden zu können. Dabei taten sich die Genossen besonders viel darauf zu gute, daß sie Anarchisten seien. Von der Mühlenarbeiterorganisation sei zum Beispiel nicht ein Mitglied mehr vorhanden; man habe sich direkt laput agitiert. In der Verichtszeit — 1. Januar 1910 bis 31. März 1912 — haben sich 14 der angeschlossenen Organisationen aufgelöst oder sind ausge treten. Der Kassierer Kleinlein berichtet u. a.: Die „Einigkeit“, die 8400 Abonnenten zählt, brachte eine Einnahme von 49 961,73 Mk. und hatte eine Ausgabe von 54 281,61 Mk., so daß sie einen beträchtlichen Zuschuß erforderte. Die Zahl der Abonnenten ist in letzter Zeit fast zurückgegangen, was darauf zurückzuführen ist, daß bei der Reichstagswahl zu scharf vorgegangen wurde. Ränge Mitglieder, die wohl revolutionär seien, aber auf die Ausübung ihres Wahlrechts nicht verzichten wollten, hätten deswegen die Fahne ver lassen. Eine solche innere Meinigung könne man nur begrüßen, wenn sie auch die Kräfte schwäche. Um die Mitglieder, die sich dem sozialdemokratischen Kreislauf hingeben, brauche man nicht zu klagen. Der Revisor Winkler berichtete über scharfe Differenzen mit den Dresdener Mitgliedern, welche den Berliner „Radern“ Selbstherrlichkeit und die Absicht vorwarfen, die Vereinigung nach rechts drängen zu wollen. Wenn auch 90 Proz. der Mitglieder kampfmüde und ruhige Spießer seien, so sei dagegen doch zu protestieren. — Einen großen Raum der Debatte nahmen Angriffe auf die lokalistischen Metallarbeiter Hamburgs ein, die anlässlich der Arbeitskämpfe auf dem „Vulkan“ und bei Wahn und Boß schon nach fünf Tagen die Zuführung von Unterstützungsgeldern von der Geschäftskommission verlangt haben. — Die Beratung der Anträge brachte eine stürmische Anarchistendebatte. Der Kassierer, Kleinlein, hatte in seinem Schlußwort gesagt: „Wir sind doch in Wirklichkeit in der freien Vereinigung auf der Bahn des Anarchismus. Was trennt uns denn von ihm? Nur der Name! Während diese Stellungnahme die Anarchisten befriedigte, verlangten sie gegen Kater ein Mißtrauensvotum wegen seines Artikels: „Was ist Spiegeleschere?“ Kater hatte darin den Anarchisten den Rink gegeben, lieber von der „Freien Vereinigung“ fernzubleiben. Ein Scherzgenosse der Lokalisten ist ihr Wochenblatt „Pionier“, das mit einem erheblichen Defizit arbeitet. In Zukunft soll jede Organisation zwei Stundenlöhne pro Mitglied zum Unterhalt des Blattes abführen und der Inzeratenteil eingeführt werden. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die dem Zentralisationsgedanken näher tritt, vor allem aber einen engeren Zusammenschluß in örtlichen Kartellen und die Zusammenfassung verwandter Berufe in örtlichen Industrieföderationen verlangt, dabei aber betont, daß dieser örtliche Zusammenschluß auf die Dauer nicht genügen werde. Also auch sie kommen trotz allen Sträubens ohne Zentralisation nicht mehr aus. Die Punkte „Genossenschaftswesen“ und „Reichsversicherungsordnung“ blieben unerledigt, weil, wie die „Einigkeit“ schreibt, die meisten Delegierten im Reden des Guten jubelnd leisteten und vieles zu oft wiederholten.

Wädertreil in Halle a. S. Am 30. Mai beschloß eine Versammlung der Wädertreil in Halle mit 80 gegen 10 Stimmen, sofort die Arbeit einzustellen, weil auch der letzte Versuch, durch Vermittlung des Gewerbegerichts zu einer Einigung zu kommen, an dem ablehnenden Galtung der Wädertreil scheiterte. Bis zum Beginn der Arbeitsniederlegung arbeiteten bereits von 220 überhaupt in Frage kommenden Wädertreil in 18 Betrieben, die die Forderungen der Streikenden bewilligt haben, 84 Wädertreil zu den geforderten Bedingungen. Die Hauptforderungen sind: Freisetzung von Kost und Logis beim Meister und 23 Mk. Mindestlohn pro Woche. Zugang von Wädertreil nach Halle ist fernzuhalten.

Hannover. Im Streik wegen der Verkürzung der Arbeitszeit stehen in Hannover sechs Betriebe mit rund 1800 Streikenden. Dazu kommen noch 32 streikende Feilenhauer, 4800 Arbeiter wurden von der Metallindustriellenvereinigung ausgesperrt, so daß rund 6600 Personen am Stampf beteiligt sind. Diese Zahl wird sich durch freiwillige Solidaritätserklärungen auf 7400 am Schluß der Woche erhöht haben. Die Metallindustriellen Hannovers haben ausgesperrt, weil sie die streikenden Arbeiter zwingen wollen, den Beschluß des Metallindustriellenvereins anzunehmen, und weil sie über die dazu von den Arbeitern vorgetragenen Wünsche nicht verhandeln und sie nicht berücksichtigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat das in einer Erklärung durch Inzerat publiziert und dabei bekanntgegeben, daß die Arbeiter zu jeder Zeit zur Verhandlung bereit sind. Der hannoversche Verein der Metallindustriellen befand denn auch, daß die Kommission der streikenden Arbeiter auf Anraten des Direktors einer größeren Fabrik bei ihren Firmen am 25. Mai nochmals Verhandlungen anboten, daß sie aber mit der Erklärung abgewiesen werden mußten: „Der vom Metallindustriellenverband gemachte Vorschlag muß von den Arbeitern angenommen werden“. Die Metallindustriellen denken sich die Verhandlung so, daß die Arbeiter das Diktum des Metallindustriellenvereins annehmen müssen. Die Schuld für die Aussperrung trifft allein die Unternehmer in Hannover. Wenn die Metallindustriellen in Hannover nur ähnlich so gehandelt hätten, wie die Unternehmer in Stuttgart, die den Forderungen der Arbeiter gerecht wurden, so wäre längst eine Verständigung erfolgt und Streik und Aussperrung wären vermieden worden. So er-

werten die hannoverschen Metallindustriellen, daß die Metallindustriellen in Magdeburg und Halle a. S. ihre Arbeiter auf das Straßenpflaster werfen, damit die streikenden Arbeiter gezwungen werden, sich willenslos den Anordnungen der Unternehmer zu fügen. Solidarität und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft werden den Metallindustriellen durch ihre Rechnung einen recht kräftigen Strich machen.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Berlin. J. C. G. A. Laternenwärter. Am 9. Mai d. J. wurde Knaal und Hall der Vertrauensmann Kollege Dabich nach 11jähriger Tätigkeit entlassen. Als Entlassungsgrund wurde „passiver Widerstand“ konstruiert. Die Kollegenchaft, die sich in einer gut besuchten Versammlung mit dieser Angelegenheit befaßte, behauptet hingegen, daß die Entlassung nur erfolgt sei, weil die Tätigkeit des Kollegen Dabich als Vertrauensmann der Verwaltung un bequem war. Der passive Widerstand sollte nach Angabe der Verwaltung darin zu finden sein, daß einige Laternen, die im Nachbarrevier nicht brannten, von ihm nicht angezündet worden seien. Würde Kollege D. dies getan haben, so wäre ihm wahrscheinlich bei der Entlassung verfühdet worden, weil er sich aus seinem Revier entfernt habe. Es war dies eine Zwidmühle, die auf alle Fälle, natürlich nach Anschauung der Verwaltung, einen plausiblen Entlassungsgrund liefern sollte. Die Sache wurde nun, wie man so zu sagen pflegt, gedreht, um den unbequemeren Knaal und Dränger los zu werden. Der leghin veröffentlichte Artikel, der sich mit der merkwürdigen Einteilung der Reviere befaßte und wohl dem Kollegen D. zugeschrieben wurde, scheint zu verschmipft zu haben. Auch die Drehkampagne, die vor zwei Jahren wegen der Schöneberger Laternenwärter zwischen unserer Organisation und der Verwaltung der J. C. G. A. ausgetragen wurde, scheint eins der treibenden Momente für die Entlassung gewesen zu sein. Die Schöneberger Laternenwärter beantragten kürzlich bei dem Magistrat, der die Ausdehnung der elektrischen Straßenbeleuchtung plante, in den städtischen Dienst eingestellt zu werden, weil sie befürchteten, in gegebenem Falle von der Verwaltung der englischen Gaswerke wegen Arbeitsmangel entlassen zu werden. Dagegen wandte sich die Direktion in einem „Anwaltsblatt“ an das Schöneberger Lokalblatt mit der Behauptung, es läge in ihren Betrieben nicht vor, daß langjährig beschäftigte Arbeiter wegen Arbeitsmangel ohne weiteres entlassen werden. Die falsch unterrichtete Direktion machte noch den Versuch, in einer Verhandlung zwischen einem von ihr Beauftragten und dem Kollegen D., letzterem einzureden, daß er der Unterzeichner der genannten Petition und ein Lügner sei. Der Kollege D. wurde aber nach zwei Jahre weiter beschäftigt, trotzdem er angeblich durch Verbreitung läugerischer Behauptungen die Verwaltung in der unzulässlich herabgesetzt und verächtlich gemacht hat. Der Kollege D. hatte keinen Grund, zu lügen, ebensowenig wie ein solcher vorhanden ist. Die Kollegen hatten nach dem Versuch unterzommen, mit der Direktion in Verhandlungen einzutreten, um die Unterstellung des Kollegen D. herbeizuführen. Die Direktion, „Anwaltsblatt“ und „Reise“, bewies die Kommission an den für die Unterstellung mitverantwortlichen Oberinspektor. Daß dieser nicht zugehört wurde, seine Entlassungen als falsch zu bezeichnen, war natürlich, um so mehr, als damit auch die Anwälte, die den „Grund“ für die Entlassung geliefert hatten, desavouiert worden wären. Der untere Vorgesetzte, der das Material für die Unterstellung eines un bequem gewordenen Vertrauensmannes liefert, ist gegenüber dem Arbeiter immer der „wahrheitsliebende, zuverlässige“ Beamte. Die Laternenwärter sind allerdings anderer Meinung, hat doch einer dieser Vorgesetzten die von den Kollegen gemachten Mitteilungen unterdrückt und forgiert. Der Schaden, den die Gesellschaft erlitt, wurde damit einfach totgegeschwiegen. Der in dienstlichen Angelegenheiten so wenig zuverlässige Anwaltsblatt wird natürlich als zuverlässig anerkannt, wenn es sich um einen mißlieblich gewordenen Kollegen herauszukraulen. Die Kollegenchaft gilt es aber, aus dieser Angelegenheit die richtigen Lehren zu ziehen. Die Organisation so zu stärken, daß der Verwaltung durch unsere gewerkschaftliche Macht das Wort gesagt werden kann, daß wir ein Recht haben, in jeder Beziehung der Verwaltung unserer Arbeitsverhältnisse als gleichberechtigter Partner mitzusprechen, der Mahnruf gilt für alle Kollegen der Gewerkschaft.

Magdeburg. In der letzten Versammlung gab Kollege Knaal Bericht von der Generalversammlung der Anwaltsblätter. Er hat sich nach einer öffentlichen Versammlung aller Anwaltsblätter in Halle gehalten. Kollege Grünert machte auf das am 1. Juni stattfindende Zukunftsfest aufmerksam. Den Kartell-Kollegen erbat er Mollere Genösche. Er wies dabei auf die gegenwärtige Beschlüsse in der Beschlüsse und der Zentralbibliothek hin. Ein Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, die im Streit zwischen Paderborn und untereinander, insbesondere ihre Arbeit für die Paderborn zu bezeichnen, die die Forderungen der Kollegen anerkannt haben. Zu bedauern war der schwache Besuch der

Versammlung. Das muß in Magdeburg anders werden. Jeder Verbandskollege ist verpflichtet, sich an den Veranstaltungen der Organisation zu beteiligen und nur ganz wichtige Gründe können das Fernbleiben von der Versammlung entschuldigen.

Stuttgart. In der Mitgliederversammlung vom 24. Mai im Gewerkschaftshaus hielt Genosse Kömpf einen interessanten und lehrreichen Vortrag über: „Das Genossenschaftswesen“. Redner verstand es, den Anwesenden ein Bild von der Entstehung und Entwicklung des Genossenschaftswesens zu geben. Treffend hob er die verschiedenen Vorteile, die das Genossenschaftswesen der gesamten konsumierenden Bevölkerung bringt, hervor, als deren wichtigsten einer er die preisregulierende Wirkung der Konsumvereine ansieht. Er verwies auch auf ein neues, wichtiges Gebiet, das Verbrauchervereine, auf welchem sich die Genossenschaften auf Grund des Beschlusses des letzten Gewerkschaftstages wohl sehr zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung demnächst betätigen werden. Mit dem Appell zu möglichst nachdrücklicher Unterstützung der Konsumvereine und Agitation für dieselben schloß Redner seine interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Bei der Erziehung in die Ortsverwaltung ging der Kollege Wilhelm Beck (Straßenbau) als gewählt hervor. — Als dann wurde zu einzelnen Anträgen zum Verbandstag Stellung genommen. Der vorgeschrittenen Zeit halber wurde der Kartellbericht von der Tagesordnung abgesetzt. Zum Punkt 4. Ausflug wurde beschlossen, am Sonntag, den 18. Juni, einen Tagesausflug ins Mondachtal zu machen. Bahnfahrt bis Weil der Stadt. Abfahrt in Stuttgart 5.30 Uhr vom Hauptbahnhof. Der Vorsitzende fordert zu möglichst zahlreicher Beteiligung auf.

◆ Rundschau ◆

Die Entscheidung des Papstes in der Gewerkschaftsfrage. Das lange erwartet worden ist, ist eingetroffen. Papst Pius X. hat sich für die katholischen Fachabteilungen und gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften erklärt. Wenn der Papst auch nicht ein direktes Verbot der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat, so ist sein Verdikt in der Gewerkschaftsfrage nichts weniger als eine Aufforderung an die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, sich die Taktik und die Prinzipien der katholischen Arbeiterbewegung (Berliner Richtung) zu eigen zu machen. Wie es zu diesem hochbedeutenden und entscheidenden Schritt des kirchlichen Oberhauptes gekommen ist, darüber berichtet wir folgendes: Für den dritten Pfingsttag hatte der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) nach Berlin seine diesjährige Generalversammlung einberufen. Um ein Urteil und den Segen des Papstes zu gewinnen der Generalversammlung und deren Arbeiter zu erleichen, war der Varrer Bever vom Verbands nach Rom entsandt worden. Bever überreichte dem Papst eine Subskribierte Adresse, in der auf die Ziele und das Wesen der „Berliner“ hingewiesen wird, aber auch auf die Kämpfe, in die die Fachabteilungen wegen ihrer Grundhüte mit den christlichen Gewerkschaften verwickelt werden. Die Adresse legt dem Papst auseinander, daß der Berliner Verband des wirtschaftlichen Leben als Mittel zum Zweck für das übernatürliche Leben und letztes Ziel in Gott betrachtet wissen will. Der Grundsatz, daß die Arbeit und das Wirtschaftleben als „rein wirtschaftlich“ anzusehen sind, ist zu verwerfen. Weiter spricht die Adresse u. a. von den Pflichten der Arbeiter den Arbeitgeber gegenüber. Zwischen dem Stande der Arbeitgeber und dem der Arbeiter bestehe kein natürlicher Gegensatz und darum hätten Arbeitgeber und Arbeiter friedlich zusammen zu wirken. Dann heißt es weiter: „Gerade um dieses friedlichen Zusammenwirkens willen ist aber unter Verband Gegenstand der heftigsten Aufregungen seitens aller jener Arbeiterverbände geworden, welche ihre Hoffnung vorzugsweise auf den wirtschaftlichen Kampf setzen. Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) eritrebt den Frieden in der Gesellschaft und erweitert sich deshalb als eine eminent staatsbehaltende Macht, als seines Bollwerk gegen den Unmuth, sowie als sichere Stütze der gesellschaftlichen Ordnung und der staatlichen Autorität. Wie der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) gemäß den Lehren der Kirche ganz auf der Religion aufgebaut ist und deren Lehren im praktischen Leben mit Erfolg zu verwirklichen treibt, so erklärt er auch, daß sowohl seine einzelnen Mitglieder, als insbesondere auch die die Professura der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erirebenden Gewerkschaftsorganisationen als solche in Fragen der Religion und Moral derjenigen Anhang unterliegen, welche Gott selbst als Hütern seines Geistes ernannt hat und zwar auch für das öffentliche Leben. Offen und frei bekennend sich deshalb der Berliner Verband in seinem ganzen Wesen zur Autorität des Heiligen Stuhles und der von Gott gesetzten Orten der Kirche, wohl wissend, daß alles Heil und alles Wohl der einzelnen wie der gesamten menschlichen Gesellschaft nur durch die Verbindung mit derjenigen Autorität zu erzielen ist, welche Gott selbst zur Verkündung seines Geistes ernannt hat.“ Nachmal's wird auf den Kampf hingewiesen, den der Berliner Verband wegen seiner Grundhüte zu bestehen hat und es wird der Papst, wie erwähnt, um seinen Segen für die Generalversammlung in Berlin angefleht.

Darauffin antwortet der Papst: „Ich kenne eure Grundsätze und eure Bestrebungen und besonders auch die Differenzen zwischen eurer Organisation und anderen. Euch lobe, Euch billige ich, und Euch erkenne ich an (vos aproba) und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle eure Grundsätze sich zu eigen machen mögen. Die anderen billige ich nicht (reprobo); ich verdamme sie nicht; denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen; jedoch ihre Grundsätze, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen (approbare non possum). Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so, daß dieselbe nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation durchdringt (compennetret), so müssen sich daraus traurige Folgen (funestae) ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, z. B. von den wirtschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von anderen auf das praktische Leben gerichteten Fragen ausgeschlossen werden, und so wird man bald zum Konfessionalismus, d. h. zur Benennung aller Religion auf schnellstem Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen. Man kann auch nicht das Individuum, das einzelne Mitglied, von der Organisation trennen, so, daß man sagt, die einzelnen Mitglieder unterliegen zwar der Autorität der Kirche, nicht aber die Organisation als solche; das ist unrichtig, unbaltbar und undenkbar. Die Kirche hat auch den Organisationen zu gebieten. Sage Deinen Freunden und den lieben Arbeitern: Der Heilige Vater billigt ihre Bestrebungen in allem und stimmt mit Euch überein und füßt mit Euch und wünscht lebhaft (vehementer), daß alle anderen Arbeiterorganisationen mit Euch übereinstimmen sollen (convenient). Ich will, daß Du allen Präsidien und Mitgliedern sagst: Der Papst erteile ihnen aus ganzem Herzen seinen Segen und bitte sie, daß sie auf dieselbe Weise wie bisher fortfahren mögen, nicht allein für das irdische, sondern auch für das geistliche Wohl der Arbeiter zu wirken.“ Als Papst er diese Kundmachung des Papstes der Generalversammlung vorgelesen hatte, brach ein unbeschreiblicher Jubel bei den Delegierten aus. Und die Berliner haben ein Recht, aufjubeln. Was der Papst in seiner Antwort auf die Guldgangsadresse zum Ausdruck gebracht hat, ist die unermesslichste Anerkennung der Berliner Grundsätze und eine Ablehnung der W. Gladbacher interkonfessionellen Gewerkschaftsprinzipien. Der Papst verdammt die christlichen Gewerkschaften nicht direkt, aber was er diesen zu sagen hat ist nichts anderes, als daß er ihnen befehlt, sich die gewerkschaftlichen Prinzipien der Berliner anzueignen und sich der Autorität der katholischen Kirche in gewerkschaftlichen Fragen unterzuordnen. Die Folgen dieser päpstlichen Kundmachung sind jetzt noch nicht abzusehen. Jedoch dürfte die Kundmachung wie eine Bombe in das christliche Gewerkschaftsgebiet hineinschlagen. Die christlichen Gewerkschaftsmitglieder werden sehr und erheitert sein. We wird der Segen und Segen heißen, mit dem sie jedermann überschütten, der die christlichen Gewerkschaften davon ermahnt, daß sie sich nicht erheben, sondern die Kundmachung vor sich hin nehmen, daß das Urteil des Papstes über die christlichen Gewerkschaften nach den Arbeitern nicht gesprochen werde. Wir haben jetzt das Urteil vor. Sind die Gewerkschaften, Zögerns, Wägen, Zögerns, die letzten Zeiter der katholischen Kirche, als die sie sich einstimmten. Dann werden sie just die Verhängenen werden müssen. Wie werden sie in diesen Tagen noch leben, nach welcher Richtung hin das gescheit. Auf alle Fälle haben wir mit einer lebhaften Umwandlung der christlichen Gewerkschaften zu rechnen. Warten wir in Ruhe ab.

Mit der Zentrumshegemonie in Bayern ist auch die Kammer der Reichsräte nicht recht zufrieden. Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gehört im besonderen zum Programm des Ministers des Innern, Herrling. Der Kammer der Reichsräte lag nun kürzlich ein Antrag vor, dem Ministerpräsidenten, beabsichtigt für seine Regierung, eine Vertrauenskundmachung auszusprechen. Dazu äußerte sich der Schwager des Kronprinzen folgendermaßen:

„Die Sozialdemokratie betrachte ich in erster Linie als eine Arbeiterpartei, von der man verheben muß, daß sie etwas sein muß; wenn sie das nicht wäre, würde sie eben bei den Massen und nach anderer Seite nichts erreichen. Zweifellos hat diese Partei, trotz ihres Indiv. vieles erreicht. Ich würde es bedauern, wenn eine energiegeladere Art der Bekämpfung der Sozialdemokratie in Bayern eingeführt würde, und zwar deshalb, weil man mit dem bisherigen System recht gute Erfahrungen gemacht hat. Eine Veränderung in dieser Richtung ist wohl auch nicht wünschlich, weil eine derartige Veränderung nicht vom allgemeinen Volkswillen getragen wird.“ Auch der Graf v. Craselsheim hätte schwere „Lernkurve“ zu durchlaufen, das andere Vertrauensverhältnis. Als der Ministerpräsident sah, wie die Dinge stiegen, wurde der große Mann ganz klemm. Es liegt ihm nahe, das in einer prinzipiellen Zustimmung zu seinem Programm, als verweist daran, bei der Durchführung der Grundsätze die Unterstützung der hohen Kammer zu finden. Wie schneidet man die verheißene Bahn der Sozialdemokratie, Graf Craselsheim, daß, je mehr man der Sache nachschaut, dem Herrn Ministerpräsidenten das von ihm beabsichtigte „Minimum von Vertrauen“ beizubehalten entgegengesetzt. So erhielt denn Herr v. Herrling,

unter Ablehnung der programmatischen Zustimmung, die Versicherung des Minimums von Vertrauen. Graf Foerling bekannte sich dann als unbedingter Anhänger der Tarifverträge, während Herr v. Herrling bei dieser Gelegenheit verriet, daß er die Vergabung staatlicher Aufträge auch an tariflose Trudereien angeordnet habe; als „tariflos“ erschienen auch jene Trudereien, die, ohne beim Abschluß des Tarifvertrags selbst als Partei aufgetreten zu sein, sich an tarifmäßige Löhne hielten. Das ist also bereits eine Art staatlichen Boykotts gegen tariffreie Betriebe; der jetzt organisierte „Streikbruch“ wird auf dem Gebiet der Tarifverträge staatliche Ordnung! Für die Tarifverträge sprach sich auch Prinz Ludwig aus, der auch über das Gland der Hausindustrie einschlägige Anschauungen entwickelte. Es werde vielfach mit Hungerlöhnen gearbeitet und die Leute gingen allmählich zugrunde. Ähnliche Fabrikböcker seien doch besser, als wenn die Heimarbeit in ungeeigneten engen Räumen zusammengedrängt ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, auch Weiber und Kinder, von früh morgens bis spät abends, zusammenarbeiten müßten. Die Hausindustriearbeiter müßten soviel verdienen, daß Frauen nicht in die Fabrik zu gehen brauchten; Solange auch die Frau gezwungen sei, Fabrikarbeit zu leisten, sei es um das Familienleben schlecht bestellt. Und solange müsse von anderer Seite Sorge für die Erziehung und Heberwahrung der Kinder getroffen werden.“ Graf Foerling belehrte dann noch seinen prinzipiellen Verwandten, daß dessen Ideal — jeder Arbeiter sein eigenes Gartenbeim — an den Verhältnissen übertere. Die Wohnungsverhältnisse seien in Bayern geradezu „beidamend“. Er wies auf die hohen Bodenpreise hin; alle Verbesserungsversuche seien häufig „an dem Widerspruch der Magistrat gescheitert, die aufeinander zu sehr unter dem Einfluß der Hausbesitzer und der Grundbesitzer standen“. Die Anklagen gegen das Gland der Hausindustrie verdrängte nach der Kundmachung Prof. v. Schanz. Wird Herr v. Herrling nun einen anderen Kurs einschlagen? Wir glauben's nicht!

Filiale Stettin.

Am Sonntag, den 23. Juni 1912, nachm. 3 Uhr, findet unsere Mitgliederversammlung im „Rottbaum“, Gr. Oderstr. 18/20, statt.

- Tagesordnung:
1. Bericht vom 6. Verbandstag. Referent: Hoff. Sieckhoff.
 2. Innerer Zusammenhalt.
 3. Verbandsmaterialebenen und Verbindendes.
- Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.
Zum Gewerkschaftsfest treten die Kollegen am Sonntag, den 16. Juni, mittags 11 1/2 Uhr, im Solenzollernpark, Alleestr. 40, an. Abmarsch Punkt 12 Uhr. Alle Mann an Deck!
NB. Innerer Zusammenhalt findet am Sonntag, den 30. Juni, im Lokale Schwanitz, Reuterstr. 28, statt.

Totenliste des Verbandes.

Julius Richter, Berlin Arbeiter (Eisgl. Gaswerke) † 20. 5. 1912, 63 Jahre alt.	Michael Blank, Nürnberg Arbeiter (Stadtgartenerlei) † 26. 5. 1912, 58 Jahre alt.
Karl Oberle, Stuttgart Katernenwärter (Gaswerk) † 21. 5. 1912, 59 Jahre alt.	Paul Gladisch, Berlin Arbeiter (Gaswerk) † 20. 5. 1912, 27 Jahre alt.
F. A. Hantschmann, Dresden Arbeiter (Tiefbauamt) † 23. 5. 1912, 69 Jahre alt.	Welfhior Mack, München Straßenbahnarbeiter † 27. 5. 1912, 45 Jahre alt.
H. G. Hofmann, Zwickau Schlachthofarbeiter † 24. 5. 1912, 58 Jahre alt.	H. Grandmann, Hamburg Invalide † 27. 5. 1912, 44 Jahre alt.
Franz Daffow, Magdeburg Arbeiter (Bauwerk) † 21. 5. 1912, 60 Jahre alt.	Otto Schröder, Dresden Maurer (Gaswerk Meinitz) † 29. 5. 1912, 36 Jahre alt.
Georg Hebele, Augsburg Tagelöhner (Stadt. Straßenbau) † 20. 5. 1912, 57 Jahre alt.	Herrn Meyer, Bremen Maschinenwärter (Bauwerk) † 29. 5. 1912, 34 Jahre alt.
Johann Högly, Berlin Arbeiter (Gaswerk) † 20. 5. 1912, 52 Jahre alt.	Stephan Lehner, Augsburg Tagelöhner (Stadt. Straßenbau) † 30. 5. 1912, 60 Jahre alt.

Fanny Schäffer, München
Schulstüngerin
gestorben am 27. Mai 1912, im Alter von 38 Jahren.
Chre ihrem Andenken!

Beilage zu den Zeitungen des Gewerkschaftsverbandes. In Anhang mit den Zeitungen des Gewerkschaftsverbandes, beide Berlin W. 35, Unter den Eichen 12. und. Sonntags zuhause und Beilage zum „Volk“ am 27. Mai 1912, Berlin SW. 64, Lindenstr. 20